

Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie

Working Paper

Einstellung und soziale Lebenslage: Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern

Working Paper Forschungsförderung, No. 044

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita; Gagné, Jérémie (2017) : Einstellung und soziale Lebenslage: Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Working Paper Forschungsförderung, No. 044, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201711153159>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/215975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 044, August 2017

Einstellung und soziale Lebenslage

**Eine Spurensuche nach Gründen für
rechtspopulistische Orientierung,
auch unter Gewerkschaftsmitgliedern**

Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch,
Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné

ISSN 2509-2359

© 2017 Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

Vorwort.....	5
Zusammenfassung.....	6
1. Ausgangslage und Ziel der Untersuchung.....	8
Untersuchungsdesign.....	8
2. Zentrale Befunde.....	11
Allgemeine Befunde für die Gesamtbevölkerung.....	11
Wer wählt Rechtspopulisten und was sind die Treiber?.....	12
3. Allgemeine Einstellungen und Wertorientierungen in Deutschland.....	14
Persönliche Situation: Zufriedene Gegenwart, dunkle Wolken am Horizont.....	14
Werteorientierung: Zunehmende Eigenverantwortung, wachsendes Nationalbewusstsein.....	14
Offene Gesellschaft: Keine Mehrheiten für autoritären Umbau.....	16
Globalisierung und technischer Wandel: generieren Unsicherheit.....	17
Soziale Gerechtigkeit: Problembewusstsein und Handlungsauftrag an den Staat.....	17
Demokratie: Wahrgenommene Kluft zwischen Bürgern und Politik.....	18
Migration: Anlass zur Sorge.....	22
4. Wer wählt Rechtspopulisten und was sind die Treiber?.....	26
Objektive Lebenslage: Das soziale Sandwich der AfD.....	26
Subjektive Lebenslage: Die Angst vor dem sozialen Abstieg.....	28
Ideelle Ebene: Autoritarismus und Systemdistanz.....	35

5. Erfahrungen in der Arbeitswelt und die Bedeutung von Gewerkschaftsmitgliedschaft.....	47
Die Arbeitswelt: Bedürfnis nach Gestaltung und Beeinflussbarkeit.....	47
Gewerkschaftsmitgliedschaft: Höhere Sensibilität für gerechte Verhältnisse in der Arbeitswelt.....	48
6. Haltepunkte für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt	50
7. Anhang.....	52
Autorinnen und Autoren	58

Vorwort

Was bewegt Bürgerinnen und Bürger? Wie sehen und bewerten sie ihre Lebenssituation: Haben sie Einfluss auf die Gestaltung ihres eigenen Lebens – sei es im privaten Bereich, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft? Oder ziehen sich Menschen zurück, weil sie empfinden, dass über ihr Leben irgendwo anders entschieden wird und in demokratischen Prozessen ihre Interessen nicht ausreichend zur Geltung gebracht werden? Letzteres kann eine Unwucht in der Gesellschaft und im politischen System erzeugen, kann und sollte im politischen System aber auch produktiv verarbeitet werden.

Um ein Bild von der Lage zu erhalten, hat die Hans-Böckler-Stiftung policy matters beauftragt, eine Umfrage unter wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen, in der Einstellung, Nähe und Distanz zum politischen System sowie Sichtweisen auf die Arbeitswelt untersucht werden.¹ In Kombination mit der Erhebung der jeweiligen sozialen Lebenslage ist es möglich, auf folgende Fragen Antworten zu geben: Wie bewerteten Bürgerinnen und Bürger im Winter 2017 die gegenwärtigen Entwicklungen in Abhängigkeit von ihrer eigenen sozio-ökonomischen Situation? Wie hoch ist ihr Vertrauen in das soziale Gefüge in Deutschland und in die Institutionen der repräsentativen Demokratie? Wie werden – und hier interessieren in besonderem Maße die Einstellungen gewerkschaftlich organisierter Erwerbstätiger – Herausforderungen in der Arbeitswelt wahrgenommen und bewertet?

Zu diesen politischen Kernfragen gibt es lebendige Debatten und einen elaborierten Forschungsstand. Wenn mit diesem Working paper darauf nicht Bezug genommen wird, dann nur deshalb, weil die Hans-Böckler-Stiftung und die Autorinnen und Autoren einer zügigen Veröffentlichung in der Erwartung den Vorrang gaben, dass die Ergebnisse auf ein allgemeines Interesse stoßen und ebenso eine weitere Grundlage für politisches Handeln und Orientierung liefern.

Die Hans-Böckler-Stiftung dankt Richard Hilmer, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné für die Durchführung der Umfrage und die Auswertungen, die in Kooperation mit Frau Prof. Bettina Kohlrausch, die federführend bei den multivariaten Analysen war, durchgeführt wurden, und ebenso den Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik, die das Projekt begleiten.

Dr. Dorothea Voss
Leiterin der Abteilung Forschungsförderung

1 Siehe weitere Projektinformationen unter www.boeckler.de zum Projekt 2016-989-8

Zusammenfassung

Die Basis für die folgenden Ergebnisse ist eine Online-Umfrage. Im Erhebungszeitraum Mitte Januar bis Anfang Februar 2017 wurden knapp 5000 Personen ab 18 Jahre nach Einstellungen, Wertorientierungen sowie ihrer Wahlpräferenz befragt. Die zentralen Ergebnisse:

- Die Untersuchung belegt eine Grundstimmung in der Bevölkerung, in der die aktuelle Lebenssituation als überwiegend positiv wahrgenommen wird. Aber viele Bürgerinnen und Bürger äußern Sorgen mit Blick auf die Zukunft. Soziale Gerechtigkeit ist nach wie vor für die Wahlberechtigten von hoher Bedeutung, aber am wichtigsten ist es den Menschen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Gleichzeitig sorgen Globalisierung, Freihandel und technischer Wandel für Verunsicherung, und sozialer Zusammenhalt und Ausgleich gelten als gefährdet. Es besteht die Erwartung an Politik, gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit herzustellen, es wird Politik und Institutionen aber nicht von allen zugetraut, dass die eigenen Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden.
- Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage ist der wesentliche Treiber, die derzeit stärkste rechtspopulistische Partei – die AfD – zu wählen. Nachweisbar ist dabei aber nicht die *objektive* soziale Lage die alleinige Ursache für die Wahl der AfD, denn neben einfachen Einkommensschichten wählen auch obere Einkommensschichten verstärkt AfD. Vor allem die *subjektive* Wahrnehmung der eigenen Lebenslage hat einen Effekt auf die Entscheidung, AfD zu wählen.
- Die subjektive Wahrnehmung von Bürgern, die anfällig für Rechtspopulismus sind, ist geprägt durch *persönliche Zurücksetzung*: AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler ordnen sich unabhängig von ihrem realen Einkommen in der Gesellschaft niedrig ein und erlebten im Vergleich zu den Eltern einen sozialen Abstieg. Gleichzeitig empfinden sie einen dreifachen *Kontrollverlust*: In *persönlicher* Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in *politischer* Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in *nationalstaatlicher* Hinsicht – der Staat kommt seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie z.B. im Fall der Aufnahme von Flüchtlingen.
- Es sind also weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenem Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten – auch in der Arbeitswelt – in Bezug auf die Zukunft, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. Menschen, die AfD wählen oder es in Erwägung ziehen, befinden sich somit überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt.
- AfD-Wählerinnen und -Wähler zeichnen sich in besorgniserregender Weise durch ihre Distanz zur Demokratie aus: Nur 40% der AfD-Wähler halten Deutschland für durch und durch demokratisch und nur 38% sehen die Meinungsfreiheit bei uns als gegeben an. Ferner misstrauen sie den maßgeblichen Institutionen ausgesprochen stark und befürworten stattdessen Prinzipien, die den „Volkswillen“ direkt zur Geltung bringen.
- Aber was schützt vor rechtspopulistischer Orientierung, was macht resilient gegenüber der Wahl bzw. der Nähe zum Rechtspopulismus? Zunächst eine zufriedene Grundhaltung dem eigenen Leben gegenüber. Besonders deutlich hervorstechende „Haltepunkte“ sind auch eine hohe Zustimmung zu den Werten wie Weltoffenheit und Toleranz, Solidarität

der Menschen untereinander und sozialer Gerechtigkeit. Nicht zuletzt ist es ehrenamtliches Engagement, das die Chance verringert, AfD zu wählen.

- Der *Arbeitskontext* spielt eine wichtige Rolle für die Nähe zur AfD. Bei der Wahlentscheidung ist auch hier weniger die objektive Erwerbssituation von Bedeutung, sondern vielmehr die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft: Empfundener Kontrollverlust, z.B. durch digitalisierungsgetriebene Überwachung, Kontrolle oder eine direktere Erreichbarkeit für den Arbeitgeber erhöht die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistisch zu wählen – und zwar insbesondere dann, wenn in einem Kleinbetrieb gearbeitet wird. Die bloße Existenz eines tarifvertraglich oder durch betriebliche Interessenvertretung abgesicherten Arbeitsverhältnisses hat dagegen keinen Einfluss auf die Entscheidung, AfD zu wählen.
- Ein wichtiges Ergebnis mit Blick auf den *Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und AfD*: Erstmals kann mit dieser Untersuchung nachgewiesen werden, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft unter Kontrolle gängiger sozialstruktureller Merkmale in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen oder sich eine AfD-Wahl vorstellen können, *keinen Unterschied* macht. Das bedeutet, dass Gewerkschaftsmitglieder *nicht* häufiger AfD wählen als andere Bevölkerungsgruppen.
- *Gewerkschaftsmitglieder* sind besonders *sensibel für Gerechtigkeitsfragen am Arbeitsplatz*: Ob sie ausbildungsadäquat beschäftigt sind oder nicht, ob sie sich den Veränderungen ohnmächtig gegenüber stehen sehen und auch digitalisierungsbedingte erlebte Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz beeinflusst ihre Entscheidung, AfD zu wählen oder es in Erwägung zu ziehen in stärkerem Maße als dies bei Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern der Fall ist.
- Eine besonders AfD-affine Gruppe, nämlich Personen bis zu einem mittleren Einkommen, mittlerer Bildung, die der Aussage zustimmen „Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zeigen wie in einem Brennglas, dass die konkrete Erfahrung von Mitbestimmung und Sicherheit am Arbeitsplatz für sie einen Unterschied macht: Unterliegt ihr Arbeitsverhältnis keinem Tarifvertrag und sind sie befristet beschäftigt, so rücken sie politisch in die Nähe der AfD. Wenn sich diese Personengruppe allerdings ehrenamtlich engagiert, so rücken sie von der AfD ab. Diese Ergebnisse weisen in besonderer Weise auf den Einfluss hin, den konkrete politische Weichenstellungen oder – auch mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl – politische Forderungen auf die Größe des rechtspopulistischen Lagers in Deutschland haben.

1. Ausgangslage und Ziel der Untersuchung

Die politischen Strukturen haben sich in vielen westlichen Ländern in letzter Zeit stark verändert. Neue meist rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien traten auf dem Plan, mancherorts brach das tradierte Parteiensystem zusammen. Deutschland blieb davon lange Zeit weitgehend unberührt, die Wirtschaft erwies sich als stabiler als anderswo, das Parteiensystem lange Zeit als ausreichend heterogen, um vorhandene Konflikte zu absorbieren. Aber auch in Deutschland ist eine zunächst schleichende, seit einigen Jahren deutliche politische Ausdifferenzierung am rechten Rand zu konstatieren, die erst in einer Abwendung von Politik, zuletzt in Bürgerprotesten wie z.B. Pegida und einem Aufstieg der AfD ihren Ausdruck fand.

Seit rund zwei Jahren steht in Deutschland das politische Gemeinwesen damit vor einer Bewährungsprobe. Es offenbart sich seither in Teilen der Bevölkerung ein außerordentliches Potenzial von Politik- und Systemverachtung, Medienskepsis, autoritären Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit. Eine konstruktive Kommunikation mit diesen Bevölkerungsteilen seitens der etablierten politischen Kräfte scheint nachhaltig erschwert; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Frage nach der richtigen Kommunikationsstrategie in politischen Kreisen stark umstritten ist.

Umso dringlicher ist geboten, die Zusammensetzung und Konstitution des politisch „Neuen“ in der Bevölkerung umfassend zu untersuchen, um wirksame Ansatzpunkte für dessen Re-Integration in das pluralistische Gemeinwesen zu finden. Das Ziel der Studie besteht darin, die wesentlichen Bestimmungsgründe veränderter politischer Einstellungen und des Wahlverhaltens zu ermitteln, deren Zusammenspiel in Abhängigkeit von subjektiver und objektiver Lebenslage zu analysieren und die Entwicklungsdynamik nachzuzeichnen. Besonderes Augenmerk liegt damit auf der Bedeutung der sozialen und ökonomischen Lebenswirklichkeiten verschiedener Bevölkerungsgruppen unter besonderer Berücksichtigung von Gewerkschaftsmitgliedern. Auf dieser Basis werden politische Grundmuster identifiziert, Gefährdungspotenziale für das Erstarken des Rechtspopulismus, aber auch Haltepunkte, die einer solchen Gefährdung entgegen stehen, ermittelt.

Untersuchungsdesign

Die Erhebung wurde als Online-Befragung durchgeführt². Diese Methode wurde gewählt, weil es in der Studie weniger um die möglichst exakte Abschätzung der Anteile bestimmter Wählergruppen, wie z.B. AfD-Wähler, ging als vielmehr um eine möglichst umfassende Erfassung möglicher Ursachen und deren Entwicklung. Für diesen Zweck eignen sich Panelgestützte Online-Erhebungen in besonderer Weise, weil sie ...

2 In Deutschland waren nach Angaben des statistischen Bundesamtes 2016 84 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren erreichbar. Da anders als bei Telefonumfragen ein direkter Zugriff auf die Online-Nutzer nicht möglich ist, erfolgt die Auswahl in der Regel auf der Basis von „Access-Panels“, in denen meist aktiv rekrutierte Personen gegen eine angemessene Entschädigung für Befragungen zur Verfügung stehen. Mittlerweile hat diese Art von Online-Befragungen in Hinblick auf die Validität der Ergebnisse eine mit Telefonumfragen vergleichbare Qualität erreicht. Dies belegen etwa Vergleiche von per Telefon- oder per Online-Befragung gewonnenen Befunde von Vorwählerhebungen, wo häufig sogar die online gewonnenen Ergebnisse das jeweilige Wahlergebnis korrekter wiedergeben.

- ausführliche Interviews erlauben und damit eine differenzierte Erfassung von sozioökonomischen Strukturen und politischen sowie soziokulturellen Einstellungsmustern,
- aufgrund ihrer Kostenstruktur deutlich umfangreichere Stichprobengrößen ermöglichen als andere Verfahren bei vergleichbaren Kostenrahmen,
- ohne größeren Aufwand Wiederholungsbefragungen derselben Zielpersonen erlauben. Auf diese Weise können in Folgewellen ausgewählte Aspekte tiefer beleuchtet sowie etwaige Veränderungen und Dynamiken in der politischen Landschaft auf Individualebene nachvollzogen werden,
- und schließlich weil sich darüber auch untere Einkommens- und Bildungsschichten, die eine stärkere Affinität zu Wahlenthaltung und politischer Desintegration aufweisen, abbilden lassen, die in telefonischen oder persönlichen Zufallsstichproben meist deutlich unterrepräsentiert sind. Dies belegen vorliegende empirische Untersuchungen³.

Aufgrund dieser Eigenschaften wird diesem Erhebungsansatz „ein außerordentliches Analysepotential“⁴ zugeschrieben.

Zielgruppe der Studie sind wahlberechtigte Personen in Deutschland ab 18 Jahren. Die Befragten wurden aus einem Access-Panel gezogen, das insgesamt 100.000 ausschließlich aktiv rekrutierte und größtenteils offline angeworbenen Probanden umfasst. Die Auswahl erfolgte als quotengestütztes Zufallsverfahren dergestalt, dass die Struktur des Samples die tatsächliche Struktur der deutschen Wahlbevölkerung in Hinblick auf Alter, Geschlecht, Region und Bildung exakt abbildet (maximale Abweichung bei den Altersgruppen ein, bei den Bildungsgruppen drei Prozentpunkte). Auch der Anteil der in repräsentativen Stichproben schwer erreichbaren jungen Männer entspricht dem der Gesamtbevölkerung. Auf die bei Telefonerhebungen in der Regel notwendige soziodemografische Gewichtung zur Anpassung der Samplestruktur an die der Zielgruppe konnte deshalb verzichtet werden.

In der Studie wurden insgesamt 4892 Personen nach Einstellungen, Werteorientierungen, ihrer Wahlpräferenz sowie ihrer sozio-demografischen Situation befragt. Dies erlaubt eine differenzierte Auswertung nach Bevölkerungsgruppen und spezifischen Lebensumständen (z.B. prekäre Beschäftigung – n=460). Die hohe Fallzahl ermöglicht es nicht nur, spezielle Untergruppen wie etwa AfD-Wähler (n=609) detailliert zu betrachten, selbst AfD-affine Gewerkschaftsmitglieder (n=77) konnten gesondert dargestellt und untersucht werden.

Als Erhebungszeitraum wurde Mitte Januar bis Anfang Februar 2017 gewählt, und damit ein Zeitraum, in dem der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt noch in der Debatte war, Martin Schulz Ende Januar zum Kanzlerkandidat der SPD aufgestellt wurde, in Frankreich und in den Niederlanden die bevorstehenden Wahlen um das Präsidentenamt bzw. das Parlament diskutiert wurden und die AfD sich für den Kölner Parteitag sortierte. Angesichts stark schwankender Umfragewerte insbesondere im ersten Halbjahr 2017 ist die politische Stimmung des Erhebungszeitraums bei der Interpretation der Ergebnisse gegebenenfalls in die Betrachtung miteinzubeziehen.

3 Schäfer, Armin: Wer sind die Nichtwähler? Langfristige Trends und die Wahlbeteiligung in Großstädten. Vortrag bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 02.03.2013.

Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie F.: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013; Bertelsmann Stiftung 2013

4 Kaase, Max: Empirische Forschung in Deutschland. Entwicklungslinien, Errungenschaften und Zukunftsperspektiven, Working Paper des Rates für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, 2011.

Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte in zwei Schritten: zunächst auf rein deskriptiver Ebene durch die Ermittlung der Häufigkeitsverteilungen und den Vergleich der Ergebnisse zwischen einzelnen Untergruppen. Dies erlaubt Lebenslagen und politische Einstellungen in der Gesamtbevölkerung und einzelnen Bevölkerungsteilen differenziert zu beschreiben. In einem zweiten Schritt werden multivariate Analysen durchgeführt. Diese haben den Vorteil, dass potentiell erklärende Variablen für gesteigerte AfD-Wahlwahrscheinlichkeit gegeneinander abgeprüft (kontrolliert) werden können, um Scheinzusammenhänge auszuschließen, um so die eigentlich bestimmenden Faktoren hinter dem (erklärten) Wahlverhalten zu identifizieren. Die dichotomen abhängigen Variablen sind jeweils die Zustimmung/ Nicht-Zustimmung zu der Aussage, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, AfD zu wählen (AfD-Wahl) bzw. zu der Aussage sich sicher oder vielleicht vorstellen zu können, bei der kommenden Bundestagswahl AfD zu wählen (AfD Potenzial). Ausgewiesen werden Average Marginal Effects (AMEs), um die Effektgrößen der unterschiedlichen Modelle miteinander vergleichen zu können.⁵ Dieses Vorgehen hat zudem den Vorteil, dass die Koeffizienten (mit 100 multipliziert) als Prozentpunkte der Verringerung/Vergrößerung der Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen oder zum (erweiterten) AfD-Potenzial zu gehören, interpretiert werden können.

5 vgl. Auspurg, K., T. Hinz (2011): Gruppenvergleiche bei Regressionen mit binären abhängigen Variablen. Probleme und Fehleinschätzungen am Beispiel von Bildungschancen im Kohortenvergleich; in: Zeitschrift für Soziologie 40, 1, 62-73.

2. Zentrale Befunde

Allgemeine Befunde für die Gesamtbevölkerung

Die Grundstimmung der deutschen Bevölkerung ist ausgesprochen widersprüchlich. Sie schwankt zwischen weitgehender Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation und einer ausgeprägten Skepsis in Bezug auf die künftige Entwicklung. Viele Bürger, darunter auch viele gutsituierte, plagen Zukunftssorgen, vor allem was die eigene Absicherung als auch die der eigenen Kinder betrifft.

Die gesellschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt hat zu einigen grundlegenden Veränderungen im Wertesystem der Deutschen geführt. Soziale Gerechtigkeit gehört zwar ungebrochen zum breiten Konsens der Bundesbürger, gleichzeitig ist aber ein deutlicher Bedeutungsgewinn von Eigenverantwortung und ein Bedeutungsverlust reziproker Werte wie Leistungsorientierung, Solidarität und Verantwortung für die nächste Generation feststellbar. Die Deutschen fühlen sich in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen in der Gesellschaft zunehmend auf sich selbst zurückgeworfen. Damit korrespondiert ein Spannungsverhältnis zwischen dem sozialen Selbstbild der Befragten als empathische Akteure und einem ausgeprägten sozialen Misstrauen gegenüber anderen.

Noch stärker ausgeprägt sind die Verschiebungen bei identitätsstiftenden Haltepunkten. Während Religion markant erodiert, gewinnt Nationalbewusstsein stark an Bedeutung. Die Deutschen orientieren sich dabei aber weniger an traditionalistischen Aspekten wie „Stolz auf die deutsche Geschichte“, sie gründen ihre nationale Identität vor allem auf wirtschaftliche Leistungen der Unternehmen und der Arbeitnehmer sowie auf die Errungenschaften Nachkriegsdeutschlands wie Demokratie, Gleichberechtigung und das Sozialsystem. Damit einher geht eine breite Verankerung grundlegender Prinzipien der offenen Gesellschaft. Solidarität der Starken mit den Schwachen gilt als Selbstverständlichkeit, Minderheitenschutz und ein modernes Familienbild sind jeweils mehrheitsfähig. Eine Kultur des Gehorsams oder auch die Todesstrafe finden nur begrenzte Unterstützung.

Globalisierung, Freihandel und technischer Wandel sind Anlass für starke Verunsicherung – vor allem unter den Beschäftigten. Die derzeitige Gültigkeit des Leistungsversprechens ist stark umstritten, sozialer Zusammenhalt und sozialer Ausgleich gelten einer deutlichen Mehrheit der Deutschen als gefährdet. Hieraus entspringt der klare Handlungsauftrag an Staat und Politik, gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, den Bürgern ein Grundgefühl der Geborgenheit zu vermitteln.

Diese Anforderungen werden nach weit verbreiteter Ansicht nur unzureichend erfüllt. Die Politik gilt als nicht ausreichend responsiv und die Demokratie teils von Partikularinteressen untergraben. Den politischen Institutionen, allen voran den Parteien, wird wenig Vertrauen entgegengebracht und auch den Medien wird mit ausgeprägtem Misstrauen begegnet. Viele Bürger fühlen ihre Interessen zu wenig berücksichtigt, zudem beklagen sie, dass Arbeitnehmer zu wenig Mitsprache am Arbeitsplatz haben. Eine demokratische Grundverfassung gilt zwar weitgehend als selbstverständlich, den repräsentativ-demokratischen Prinzipien wird aber mit Skepsis begegnet. Weit mehr Akzeptanz findet – eher der Not gehorchend als aus Überzeugung – eine aktive, direktdemokratische Bürgerbeteiligung.

Die weitverbreiteten Sorgen und die gegenüber den politischen Institutionen skeptische, bisweilen feindliche Grundstimmung machen viele Bürger anfällig für rechtspopulistische Propaganda. Die zentrale Rolle spielt dabei die Einstellung zum Thema Zuwanderung. Die Forderung nach einer restriktiven Migrationspolitik sowie nach einer Anpassung der Migran-

ten an kulturelle Gepflogenheiten Deutschlands trifft auf Zustimmung. Zustimmung erfahren aber auch die Beibehaltung der Willkommenskultur, gleiche Rechte für Zuwanderer sowie eine offene Aufnahmegesellschaft.

Wer wählt Rechtspopulisten und was sind die Treiber?

Innerhalb dieser gesamtgesellschaftlichen Gemengelage kann die AfD (als stärkste rechtspopulistische Partei in Deutschland) vor allem Bürgerinnen und Bürger für sich gewinnen, die mit ihrer eigenen Lebenswirklichkeit unzufrieden sind. Allerdings ist die *objektive* soziale Lage einer Person nicht die alleinige Ursache für diese Unzufriedenheit. Eine AfD-Wahl wird darum nicht pauschal wahrscheinlicher, je ärmer ein Wahlberechtigter ist – im Gegenteil. Die Rechtspopulisten konnten im Erhebungszeitraum auf eine Wählerallianz aus einfacheren und stark gehobenen Einkommenschichten bauen.

Ein Großteil der AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler aus sozioökonomisch verschiedenen Bevölkerungsteilen teilt zwei gemeinsame *subjektive* Erfahrungen: Zurücksetzung innerhalb der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung von Kontrollverlust.

Die Bedeutung von empfundener Zurücksetzung wird daran erkennbar, dass vor allem jene eine AfD-Wahl in Betracht ziehen, die sich – unabhängig von ihrem realen Einkommen – in der derzeitigen Gesellschaft vergleichsweise niedrig einordnen. Dasselbe Muster gilt für den Blick in die Vergangenheit: die AfD punktet mit größerer Wahrscheinlichkeit bei Menschen, die im Vergleich zu sozialen Situation ihrer Eltern einen sozialen Abstieg erlebt haben. Wenngleich hinter solcher Einschätzung womöglich in vielen Fällen ein realistischer materieller Kern steckt, weisen AfD-Wähler nachweislich eine Tendenz zu besonders negativer Wahrnehmung der eigenen sozialen Position auf.

Hinzu kommt dreifacher Kontrollverlust bezüglich der weiteren Entwicklung – auf persönlicher, politischer und nationalstaatlicher Ebene.

Erstens treiben ausgeprägte persönliche Zukunftssorgen (bspw. finanzielle Absicherung im Alter, Zukunft der Kinder) und daraus resultierende Ängste die Menschen zur AfD-Wahl. Bei AfD-Wählern liegen dabei auffällige „Verstärker“ für Sorgen vor, die vorrangig im Gefühl von Ohnmacht angesichts des technologischen Wandels wurzeln: Die Zukunft der Arbeitswelt wird überdurchschnittlich stark mit Unsicherheit verbunden (z.B. im Hinblick auf Fremdbestimmung, Überwachung und Rationalisierung). Besonders in kleinen Betrieben, in denen einschlägige Entwicklungen noch unmittelbarer erlebt werden als in großen Betrieben, kann die AfD so besonders viele Erwerbstätige für sich gewinnen.

Bislang konnte auch die organisierte Arbeitnehmervertretung diesen Zusammenhang zwischen arbeitsweltlicher Unsicherheit und Anfälligkeit für Rechtspopulismus nicht einhegen: Das Vorhandensein von Betriebsräten oder Tarifverträgen wirkt sich nicht auf die AfD-Affinität von Beschäftigten aus. Ebenso macht es keinen Unterschied, ob jemand Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht.

Zweitens treibt subjektive Ohnmacht gegenüber der Politik zur Wahl der Rechtspopulisten. Selbige wird umso wahrscheinlicher, je unzufriedener eine Person mit dem Zustand der demokratischen Repräsentation und Willensbildung ist. Ganz zentral ist dabei ein geringes Institutionenvertrauen – v.a. in Bundesregierung, Bundestag und Parteien – und das damit verbundene Gefühl des unzureichenden „Vertreten-Seins“. In Verbindung mit vermeintlich politikhörigen Medien und dem Eindruck eingeschränkter Meinungsfreiheit fühlen sich AfD-Wähler als Bürger entmachteter.

Zu Buche schlägt drittens ein wahrgenommener Kontrollverlust des Staates, der in den Augen von AfD-affinen Bürgern viel stärker die eigene Bevölkerung gegen Herausforderungen von außen beschützen sollte, als er es deren Meinung nach tut. Zuvorderst in Sachen Migration profitiert die AfD stark von der vermeintlich enttäuschten Forderung nach Zuzugsbegrenzung und Vorrang der einheimischen Bevölkerung.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass AfD-Wähler nur über das passive Erleiden von Kontrollverlusten definiert würden: sie weisen zugleich auch insgesamt ein erkennbar autoritäreres politisches Profil auf als die Gesamtbevölkerung. So befürworten sie mehrheitlich die Todesstrafe und pflegen ein deutlich traditionelleres Nationalverständnis. An die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft legen sie äußerst strikte Kriterien an. Nach außen fordern AfD-Wähler von Deutschland ein unnachgiebiges und ggf. rücksichtsloses Auftreten gegenüber anderen Staaten – auch innerhalb der EU.

Im Umkehrschluss liegen Haltepunkte, die Menschen – womöglich auch solche, die angesichts ihrer Lebenslage eigentlich affin sein müssten - von einer AfD-Wahl abhalten, in „positiv“ aufgeladenen, nicht-exklusiven Wertvorstellungen. Personen, denen Werte wichtig sind wie *Soziale Gerechtigkeit, Weltoffenheit und Toleranz, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Solidarität der Menschen untereinander, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religiosität und Glaube, Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, in der ganzen Welt zuhause sein*, würden seltener AfD wählen und dies auch seltener in Betracht ziehen. Auch ehrenamtliches Engagement verringert die Chance, AfD zu wählen.

3. Allgemeine Einstellungen und Wertorientierungen in Deutschland

Im Folgenden werden Ergebnisse für die befragte Gesamtpopulation berichtet. Dabei wurden verschiedene Themenbereiche ausgewählt, die Einstellungen und Wertorientierungen widerspiegeln.

Persönliche Situation: Zufriedene Gegenwart, dunkle Wolken am Horizont

Die zentralen Befunde der Studie weisen eine ambivalente Grundstimmung in Deutschland aus. Einerseits bewerten drei von vier Bundesbürgern die wirtschaftliche Lage in Deutschland als „gut“ (63 Prozent) oder „sehr gut“ (10 Prozent) und zwei von drei gehen davon aus, dass sich das in den nächsten Jahren nicht grundlegend ändern wird. Auch die eigene finanzielle Situation wird von einer Mehrheit positiv beschrieben (56 Prozent) und die persönliche Zukunft eher mit Zuversicht betrachtet (54 Prozent). Unterhalb dieser Zuversicht verbirgt sich allerdings – auch bei gut situierten Bürgern – eine langsam wachsende Schicht von Sorgen sehr unterschiedlicher Art. Diese betreffen auf Grund der guten ökonomischen Lage seltener die aktuelle finanzielle oder die Arbeitsplatzsituation, sondern eher die diffuse Zukunft: 49 Prozent sorgen sich um ihre Altersversorgung, 55 Prozent um die Zukunft der Kinder, 38 Prozent fürchten wachsende Kriminalität im Wohnumfeld.

Die subjektive Einschätzung, ob man sich als Gewinner oder Verlierer der derzeitigen Entwicklung sieht, fällt differenzierter aus als angesichts der positiven wirtschaftlichen Ausgangssituation anzunehmen wäre: Ein Drittel (34 Prozent) sieht sich als Gewinner, 31 Prozent verorten sich in der Mitte und 27 Prozent sehen sich als Verlierer der derzeitigen Entwicklung.

Werteorientierung: Zunehmende Eigenverantwortung, wachsendes Nationalbewusstsein

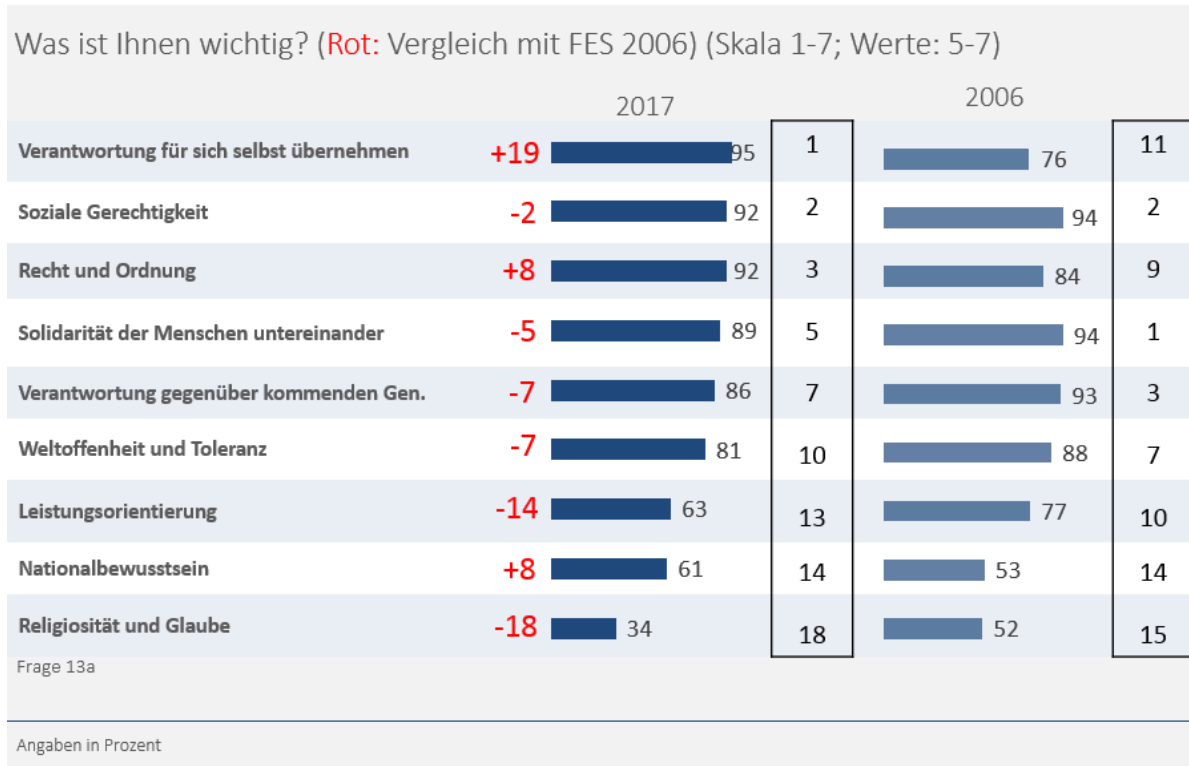
In der Werte- und Grundsatzhierarchie der Menschen steht die *soziale Gerechtigkeit* nach wie vor weit oben (vgl. Abb.1): 92 Prozent halten dieses Prinzip für wichtig. Noch darüber rangiert allerdings der Grundsatz *Verantwortung für sich selbst übernehmen* (95 Prozent), dessen Bedeutung seit 2006 deutlich zugenommen hat: plus 19 Prozentpunkte von Rang 11 auf Rang 1 heute⁶. Die Deutschen fühlen sich somit mehr auf sich selbst zurückgeworfen. Diese Aufwertung von Autonomie geht einher mit einer Schwächung reziproker Werte, für deren Aufrechterhaltung die Empfindung eines funktionierenden Gebens und Nehmens im gesellschaftlichen Bezugsraum gegeben sein sollte. Besonders deutlich abgenommen hat der Wert *Leistungsorientierung* (-14 Punkte), möglicherweise auf Grund des Eindrucks, dass sich Leistung nicht mehr lohne: Nur 36 Prozent sagen an anderer Stelle, die gesellschaftliche Stellung hänge im Wesentlichen von der Leistung des Einzelnen ab. Ein Anteil von 40 Pro-

6 Um die derzeitige Werteorientierung der Deutschen im Hinblick auf ihre Veränderung über das letzte Jahrzehnt einordnen zu können, orientierte sich die Auswahl der abgefragten Werte an der Studie „[Gesellschaft im Reformprozess](#)“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2006.

zent glaubt dagegen an die vorentscheidende Wirkung von familiärer Herkunft und Besitz. Erkennbar an Bedeutung verloren haben darüber hinaus die reziproken Werte *Solidarität* (-5 Punkte), *Verantwortung für die kommende Generationen* (-7 Punkte) sowie *Weltoffenheit und Toleranz* (-7 Punkte).

Zu dieser Tendenz zur Vereinzelung passt im Übrigen der widersprüchliche Blick der Menschen auf sich selbst und die Anderen in der Gesellschaft. Zwar pflegt man ein solidarisches, soziales Selbstbild, hegt jedoch gleichzeitig ausgeprägtes soziales Misstrauen beim Blick auf die „Anderen“. Es herrscht die Meinung vor, man könne nicht vorsichtig genug gegenüber Mitmenschen sein (50 Prozent); nur ein Viertel der Befragte meint, den meisten Menschen könne man vertrauen.

Abbildung 1: Werte und Grundsätze



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Dieser Zustand wird auch in anderen Schattierungen deutlich. Bei den traditionellen Haltepunkten, d.h. den identitätsstiftenden Elementen, die Selbstwert und Orientierung vermitteln können, ist eine markante Verschiebung feststellbar. So hat *Religiosität* massiv an Bedeutung verloren (-18 Punkte), die Orientierungspunkte *Recht und Ordnung* sowie *Nationalbewusstsein bzw. Patriotismus* dagegen substantiell an Bedeutung gewonnen (+ 8 Punkte).

Noch immer ist Nationalstolz in Deutschland allerdings inhaltlich anders konnotiert als in anderen Ländern. Traditionelle Aspekte von Nationalstolz, wie etwa die Nationalgeschichte (Stolz hierauf empfinden 43 Prozent), eingedenk der Militärgeschichte (32 Prozent), spielen in Deutschland nachvollziehbarerweise eine deutlich geringere Rolle. Die Deutschen sind vielmehr stolz auf ihre Leistungen der letzten Jahrzehnte. Dies betrifft einerseits den Stolz auf ihren Fleiß als Arbeitnehmer und Unternehmer sowie die daraus resultierende wirtschaftliche Kraft (jeweils 77 Prozent).

Andererseits empfindet man Stolz auf fortschrittliche Bezugspunkte wie die Gleichstellung der Geschlechter (77 Prozent), die Engagementbereitschaft der Bürger (75 Prozent), die

deutsche Demokratie (74 Prozent), die soziale Sicherheit (73 Prozent) sowie Minderheitenrechte (62 Prozent). Die Deutschen scheinen zumindest teilweise im von Jürgen Habermas geforderten Verfassungspatriotismus angekommen zu sein. In den letzten Monaten wurde zudem immer wieder deutlich, dass die große Mehrheit der Deutschen weiß, welche demokratischen Errungenschaften sie im Ernstfall verlieren könnte.

Offene Gesellschaft: Keine Mehrheiten für autoritären Umbau

Zu einem gewachsenen Verfassungspatriotismus gehört im Umkehrschluss die breite Ablehnung einer autoritären Gesellschaft. So ist eine Mehrheit der Ansicht, dass Gehorsam und Unterordnung in die Katastrophe führen (55 Prozent), während nur 14 Prozent diese als wichtige Tugenden betrachten. Auch die Todesstrafe sollte nach Mehrheitsmeinung abgeschafft bleiben (54 Prozent), während 32 Prozent ihre Wiedereinführung fordern. Ein autoritärer Politikansatz à la Putin wird in Deutschland mehrheitlich nicht akzeptiert (64 Prozent).

Emanzipation und Gleichberechtigung haben für die Deutschen einen hohen Stellenwert und werden mehrheitlich befürwortet: beispielsweise entsprechen das moderne Familienbild, wo Vater und Mutter gleichberechtigt in Haushalt und Beruf tätig sind, als auch die volle Gleichberechtigung von Homosexuellen klar der Mehrheitsmeinung (63 bzw. 60 Prozent).

Dass Rechte von Minderheiten insgesamt gestärkt werden müssen, meint dagegen nur eine relative Mehrheit (41 Prozent). Zugleich beharren 28 Prozent der Befragten auf dem Vorrang einer vermeintlich „normalen“ Mehrheitsbevölkerung gegenüber Minderheiten (vgl. Abb. 2).

Die meisten Bürger scheinen weiterhin in der Kompetenzerweiterung von Sicherheitsorganen keine Gefahr für die offene Gesellschaft zu sehen: Immerhin 42 Prozent der Bürger sind bereit, eine Einschränkung ihrer Freiheitsrechte hinzunehmen, um damit den Schutz vor Kriminalität zu erhöhen. Lediglich eine relative Minderheit lehnt dies ab (30 Prozent).

Abbildung 2: Relativer Konsens bzgl. offener Gesellschaft

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)				
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Rechte von Minderheiten müssen gestärkt werden.	41	31	28	Normale Menschen müssen Vorrang vor Minderheiten haben.
Freiheit der Bürger ist wichtiger als Schutz vor Kriminalität.	30	28	42	Schutz vor Kriminalität ist wichtiger als Freiheit der Bürger.

Frage 25/38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Globalisierung und technischer Wandel: generieren Unsicherheit

In wirtschaftlicher Hinsicht orientieren sich die Deutschen am Status Quo. Die derzeitige Lage wird von einer großen Mehrheit als gut bewertet. Große Verunsicherung herrscht dagegen bei den wirtschaftlichen Modernisierungsthemen. Nach ihrer Meinung zu Freihandelsabkommen befragt, zeigen sich die Bürger eher überfordert (Abb. 3): 43 Prozent wollen sich nicht auf Vor- oder Nachteile festlegen. 39 Prozent sind eher skeptisch: Freihandel zerstört Arbeitsplätze. Knapp 20 Prozent erhoffen sich dagegen davon mehr Arbeitsplätze. Auch die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung insgesamt werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die einen sagen, sie vernichte Arbeitsplätze (28 Prozent), etwa ebenso viele erwarten genau das Gegenteil (33 Prozent).

Ein gespaltenes Bild ergibt sich ebenso bei der Einschätzung des technischen Wandels. Insbesondere unter Erwerbstätigen paart sich – beim Blick auf das eigene (Erwerbs-)Leben – die Anerkennung von Komfort- und Produktivitätszugewinnen (62 bzw. 45 Prozent) durch neue Technologie mit der Kritik an steigendem Arbeitsdruck (34 Prozent) und zunehmender Überwachung am Arbeitsplatz (42 Prozent).

Abbildung 3: Dissens bzgl. Wirtschaft

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Freihandelsabkommen wie TTIP zerstören Arbeitsplätze.	39	43	19	Freihandelsabkommen wie TTIP schaffen Arbeitsplätze.
So lange Risiken bestehen, sollte man auf technische Neuerungen verzichten.	38	30	32	Die mit neuen Techniken verbundenen Risiken müssen in Kauf genommen werden.
Der Staat soll der Wirtschaft Vorgaben machen.	37	31	32	Die Wirtschaft soll sich ohne staatliche Eingriffe entfalten können.
Die Globalisierung vernichtet Arbeitsplätze in unserem Land.	28	38	33	Die Globalisierung schafft Arbeitsplätze in unserem Land.

Frage 38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Soziale Gerechtigkeit: Problembewusstsein und Handlungsauftrag an den Staat

74 Prozent der Deutschen fordern grundsätzlich, dass Starke Solidarität mit Schwachen üben (Abb. 4). Das Solidarprinzip als solches ist somit tief im Bewusstsein der Deutschen verankert. Diese Erwartung wird aus Sicht der Bürger aber derzeit unzureichend erfüllt: 60

Prozent sehen in der Gesellschaft nur noch ein Oben und Unten, 53 Prozent konstatieren schwindenden sozialen Zusammenhalt.

Um diese Defizite zu beheben, wird dem Staat ein weitreichender Handlungsauftrag erteilt: Er soll zum Beispiel über Bildungspolitik gleiche Chancen herstellen (71 Prozent) und auch Verantwortung für soziale Sicherheit übernehmen (70 Prozent). Dass Politik den Bürgern Geborgenheit geben soll, bejahen sogar 78 Prozent.

Abbildung 4: Konsens bzgl. sozialer Gerechtigkeit

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Starke sollen Solidarität mit Schwachen üben.	74	18	8	Starke sollen sich gegen Schwache durchsetzen.
In unserer Gesellschaft gibt es nur noch Oben und Unten.	60	20	19	Wir haben eine breite Mittelschicht.
Unsere Gesellschaft treibt immer weiter auseinander.	53	23	23	In unserer Gesellschaft gibt es noch viel Zusammenhalt.
Bildungspolitik muss Chancengleichheit fördern.	71	19	10	Bildungspolitik muss die Besten fördern.
Der Staat soll eine umfassende soziale Absicherung garantieren.	70	18	11	Der Staat soll die soziale Absicherung den Bürgern überlassen.
Starke Gewerkschaften sind ein unverzichtbarer Garant von Arbeitnehmerinteressen.	57	27	16	Starke Gewerkschaften gefährden d. Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Frage 25/38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Demokratie: Wahrgenommene Kluft zwischen Bürgern und Politik

Diesem Wunsch nach Geborgenheit kommt die Politik in den Augen der Bürger jedoch nicht in ausreichendem Maße nach: eine Mehrheit kritisiert eine mangelhafte Responsivität der Politik (Abb. 5). Die Politiker, so der Vorwurf, lebten in ihrer eigenen Welt (69 Prozent). Deshalb sei es egal, welche Partei man wähle (56 Prozent). Entsprechend kommen 68 Prozent zu dem Schluss, dass die Bürger die Dinge selbst in die Hand nehmen, aktiv werden müssten.

Abbildung 5: Konsens bzgl. gesellschaftlicher Wirklichkeit

- **Deutschland ist alles in allem demokratisch**
(67 Prozent; ABER: 21 Prozentpunkte Differenz zu demokratischem Anspruch)
- **Meinungsfreiheit ist gegeben** (68 Prozent)

Aber:

- **Mangelhafte Responsivität der Politik gegenüber der Bevölkerung**
 - Die führenden Leute in Politik und Medien leben in ihrer eigenen Welt (69 Prozent)
 - Bürger müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen (68 Prozent)
 - Es ist egal, welche Partei man wählt (56 Prozent)
- **Deutsche Demokratie von Partikularinteressen untergraben**
 - Wirtschaft hat zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen (60 Prozent)
 - Politik ist nur Fassade, hinter der Interessengruppen die Fäden in der Hand halten (57 Prozent)
- **Doppelbefund: Arbeitnehmer haben zu wenig Mitsprache** (63 Prozent), Tarifparteien kommen aber zu guten Ergebnissen (55 Prozent)

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Dazu kommt der Vorwurf, dass die Demokratie bei uns durch – wirtschaftliche – Partikularinteressen untergraben werde, und dass Wahlen sowie demokratische Beteiligung sozusagen nur Fassade seien, indem die eigentlichen Fäden im Hintergrund gezogen würden. Immerhin 57 Prozent stimmen letzterer Aussage zu.

Problematisch ist weiterhin das verbreitete Gefühl politischer Deprivation: Die Hälfte der Bürger (49 Prozent) hat den Eindruck, die Politik setze sich für andere ein, für sie selbst aber nicht (Abb. 6). Diese Stimmung scheint ein guter Indikator für politische Frustration.

Alles in allem betrachtet halten nur 67 Prozent der Befragten Deutschland für demokratisch. Hier liegt ein zentrales Einfallstor für die notorische System- und Politikerschelte der Rechtspopulisten.

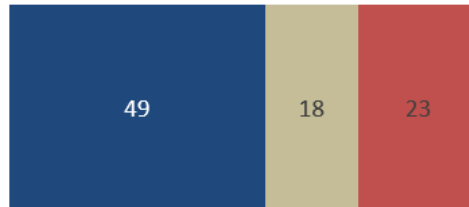
Ein ambivalenter Befund betrifft die innerbetriebliche Demokratie: Die Arbeitnehmer hätten insgesamt zu wenig Mitsprache am Arbeitsplatz (63 Prozent). Positiv wird allerdings die Arbeit der Tarifparteien bewertet, denen gute Arbeits- und Verhandlungsergebnisse (55 Prozent) sowie generell eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt konzediert werden.

Abbildung 6: Relativer Konsens bzgl. gesellschaftlicher Wirklichkeit

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? (Skala 1-7)

Stimme eher zu (5-7) | Neutral (4) | Stimme eher nicht zu (1-3)

Für Leute wie mich tut die Politik weniger als für andere Gruppen in der Bevölkerung.



Frage 31

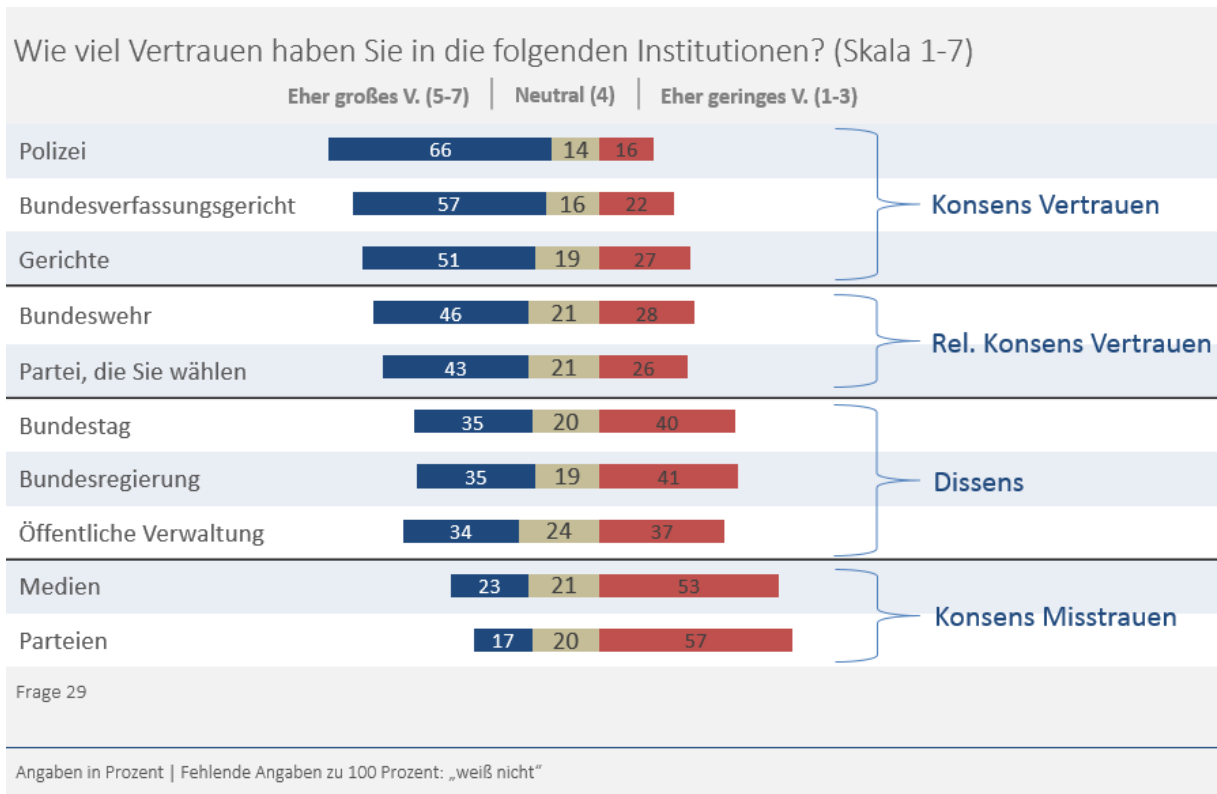
Angaben in Prozent | Fehlende Angaben zu 100 Prozent: „weiß nicht“

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Die politische Ernüchterung der Menschen kommt auch in ihrem geringen Institutionenvertrauen zum Ausdruck (Abb. 7). Wenn Institutionen das Vertrauen einer Mehrheit genießen, handelt es sich meist um nicht-politische Einrichtungen: Polizei (66 Prozent), Gerichte (51 Prozent), Bundeswehr (46 Prozent). Die politischen Institutionen – Bundestag (Vertrauen: 35 Prozent), Bundesregierung (35 Prozent) – werden dagegen kontrovers bewertet.

Am Ende der Vertrauensrangliste finden sich – nur bedingt überraschend – die Parteien (17 Prozent), wenngleich es hier zu differenzieren gilt. Der Partei, die man wählt, wird nämlich durchweg höheres Vertrauen entgegengebracht (43 Prozent) als den Parteien insgesamt. Auch die Medien sind heute äußerst schlecht beleumundet (23 Prozent).

Abbildung 7: Institutionenvertrauen



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Jenseits ihrer Unzufriedenheit mit der politischen Praxis unterstützen die Deutschen die Demokratie als beste Staatsform (Abb. 8). Neun von zehn (88 Prozent) finden es sehr wichtig, in demokratischen Verhältnissen zu leben, und deutliche Mehrheiten wollen gerne selbst dazu beitragen: Die Bürger erwarten von sich und ihren Mitbürgern, dass man mitredet, dass man mit entscheidet (63 Prozent). Auch ausnahmslose Rechtsstaatlichkeit fordern zwei Drittel von einer Regierung (65 Prozent).

Allerdings haben die Grundsätze der repräsentativen Demokratie einen durchweg schweren Stand in der Bevölkerung: Eine Mehrheit meint, die Politiker müssten vor allen Dingen den Willen des Volkes ausführen statt selbstständig zu entscheiden (59 Prozent). Direkte Mehrheitsdemokratie, nicht der komplexe Ausgleich von Interessen steht dabei im Vordergrund. Rechtspopulisten, die ihrerseits den vermeintlichen Willen *des* Volkes beschwören, bietet sich also eine Angriffsfläche bereits im Demokratieverständnis vieler Bürger.

Abbildung 8: Konsens bzgl. des Gesellschaftsideals

- **Es ist wichtig, in einer Demokratie zu leben** (88 Prozent)
- **Forderung nach ausnahmsloser Rechtsstaatlichkeit seitens der Regierung** (65 Prozent)
 - Autoritäre Politiker wie Putin dürfen in Deutschland nicht an die Macht kommen (64 Prozent)
- **Aktives Bürgerbild / massive Vorbehalte gegenüber Repräsentation:**
 - Alle Bürger sollten sich möglichst stark demokratisch einbringen (63 Prozent)
 - Politiker müssen immer wie Mehrheit des Volkes entscheiden (59 Prozent)
 - Bedeutende Fragen sollte das Volk direkt entscheiden (55 Prozent)
 - Demokratische Beteiligung immer wichtiger als politische Führung (54 Prozent)
- ⚡ **Politik soll Bürgern Geborgenheit geben** (78 Prozent)

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

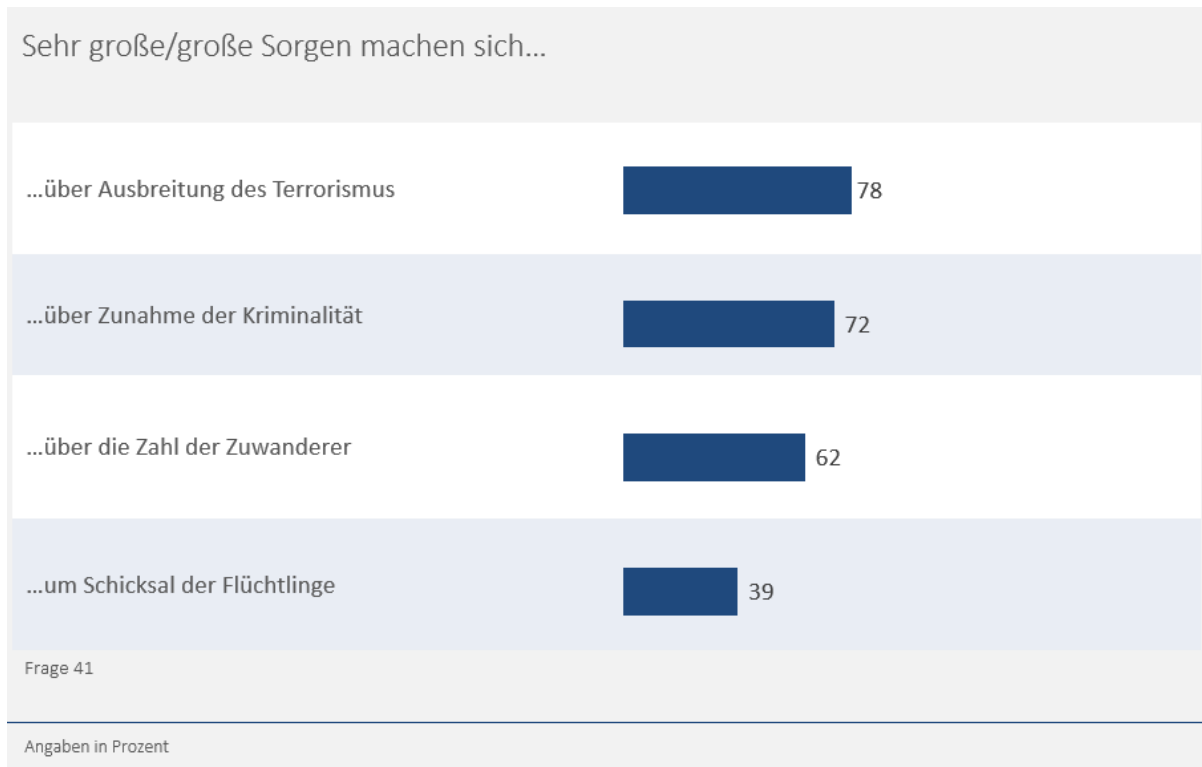
Migration: Anlass zur Sorge

Neben allgemeiner Unzufriedenheit mit dem politischen System liegt weiteres Krisenpotenzial im sorgenvollen Blick vieler Menschen auf die Zukunft des Einwanderungslandes Deutschland (Abb. 9 und 10).

Eine Mehrheit von 62 Prozent sorgt sich über die Zahl der Zuwanderer und fordert deren Beschränkung (54 Prozent). Im Fall dieser Studie hat sicherlich der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt die Werte über –die Sorge über Terrorismus (78 Prozent) sowie über Kriminalität (72 Prozent) stark beeinflusst. Im Vergleich zu diesen hohen Werten fällt die Sorge um das Schicksal der Flüchtlinge selbst recht verhalten aus: 61 Prozent machen sich keine oder nur geringe Sorgen um deren Verbleib.

Zudem soll die Integration von Migranten für die Mehrheitsbevölkerung möglichst ohne Aufwand erfolgen. Dazu gehört die Forderung an Migranten, sich an der deutschen Kultur zu orientieren (60 Prozent). Dazu gehört ebenfalls die Erwartung an Politik, dass Migration .auch mit Blick auf die Sozialsysteme gestaltet werden soll.

Abbildung 9: Konsens bzgl. Migration und Sicherheit



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Abbildung 10: Konsens bzgl. Migration und Sicherheit

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
In Deutschland sollten auch andere Kulturen gleichberechtigt gelebt werden können.	23	18	60	Ausländer sollten sich an der deutschen Kultur orientieren.
Wir haben eine besondere Verantwortung, Flüchtlinge willkommen zu heißen.	25	19	56	Der deutsche Staat kann nicht die Probleme der Welt lösen.
Für unseren Wohlstand soll der Staat die Zuwanderung von Ausländern fördern.	21	24	54	Zum Schutz unserer Sozialsysteme soll der Staat den Zuzug von Ausländern unterbinden.

Frage 38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Andererseits ist die Willkommenskultur immer noch lebendig (Abb. 11). 47 Prozent der Bürger sehen es als positiv an, dass Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenleben, dass die Völker auf diese Art und Weise einander näher kommen. Immerhin ein gutes Viertel vertritt allerdings den gegenteiligen Standpunkt, dass die Völker der Erde eher unter sich bleiben sollten. Etwa die Hälfte der Bürger (48 Prozent) erkennt den rechtmäßigen Zuwanderern grundsätzlich dieselben Rechte zu wie Angehörigen der Aufnahmegesellschaft. Ein Drittel meint dagegen, dass wer hier bereits länger lebt, auch mehr Rechte haben sollte.

Abbildung 11: Relativer Konsens bzgl. Migration

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)				
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Rechtmäßig Zugezogene sollten gleiche Rechte haben.	48	22	31	Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben.
Es ist besser, wenn Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenleben.	47	27	27	Es ist besser, wenn sich die Völker der Erde nicht zu sehr vermischen.

Frage 25

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Einen deutlichen Dissens gibt es bei der Einschätzung der Folgen von Zuwanderung (Abb. 12): Die einen sehen darin eher eine Bereicherung (36 Prozent), während 44 Prozent sich angesichts Zuwanderung fremd im eigenen Land fühlen. Auf gleichem Niveau gespalten zeigen sich die Befragten bei der Bewertung der Aussage, ob in Deutschland Ausländer bevorzugt und somit Deutsche benachteiligt würden: eine knappe relative Mehrheit von 44 Prozent stimmt dieser Behauptung zu, 38 Prozent lehnen sie ab.

Abbildung 12: Dissens bzgl. Migration

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen? (Skala 1-7)

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Die Zuwanderung von Ausländern stellt eine Bereicherung dar.	36	21	44	Durch Zuwanderung fühlt man sich fremd im eigenen Land.

"Bei uns werden Ausländer bevorzugt und Deutsche benachteiligt."

Ablehnung (1-3)		Neutral (4)	Zustimmung (5-7)	
	38	14	44	

Frage 38/31

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

4. Wer wählt Rechtspopulisten und was sind die Treiber?

Um innerhalb der beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Gemengelage diejenigen Bevölkerungsteile zu identifizieren, die besonders anfällig für rechtspopulistische Angebote sind, bietet es sich forschungspraktisch an, die Wählerschaft der AfD als derzeit stärkster rechtspopulistischer Partei in Deutschland zu untersuchen. Dabei lässt sich unterscheiden zwischen erklärten *AfD-Wählern*, d.h. jenen Wahlberechtigten, die bei der sogenannten Sonntagsfrage die AfD als präferierte Partei nennen, und zusätzlich dem AfD-Potenzial, d.h. Wahlberechtigten mit anderslautender Wahlabsicht, die jedoch auf Nachfrage angeben, sich eine AfD-Wahl sicher (*enges AfD-Potenzial*) oder zumindest womöglich (*weites AfD-Potenzial*) vorstellen zu können.

In der politischen Debatte um AfD-Wähler ist derzeit strittig, ob die primären Treiber für eine Wahl der Rechtspopulisten eher in der sozialen Lebenswirklichkeit, insbesondere einer wachsenden sozialen Spaltung, oder eher in einer wachsenden Distanz zu etablierten Institutionen des demokratischen Systems sowie einer Aufkündigung (bisher) konsensualler Werte zu suchen sind. Die Klärung dieser Frage wird dabei auch durch mögliche Wechselwirkungen zwischen diesen Ebenen erschwert.

Eine sorgfältig abwägende Gesamtschau von sozialer Lage und politisch-gesellschaftlichen Einstellungen der AfD-Wählerschaft ist daher sinnvoll. Dafür ist es unumgänglich, den rein deskriptiven Blick auf deren Profil um eine statistische Regressionsanalyse zu ergänzen. Neben der Betrachtung der *Zusammensetzung* des AfD-Elektorats (deskriptive Ebene) wird also zusätzlich statistisch geprüft, *wie wahrscheinlich es ist*, dass einzelne Gruppen von Wahlberechtigten (z.B. Einkommenschwächere oder Menschen mit bestimmten Einstellungen) zu AfD-Wählern werden bzw. zumindest in das AfD-Potenzial fallen, wenn für andere Faktoren kontrolliert wird (Regressionsebene).

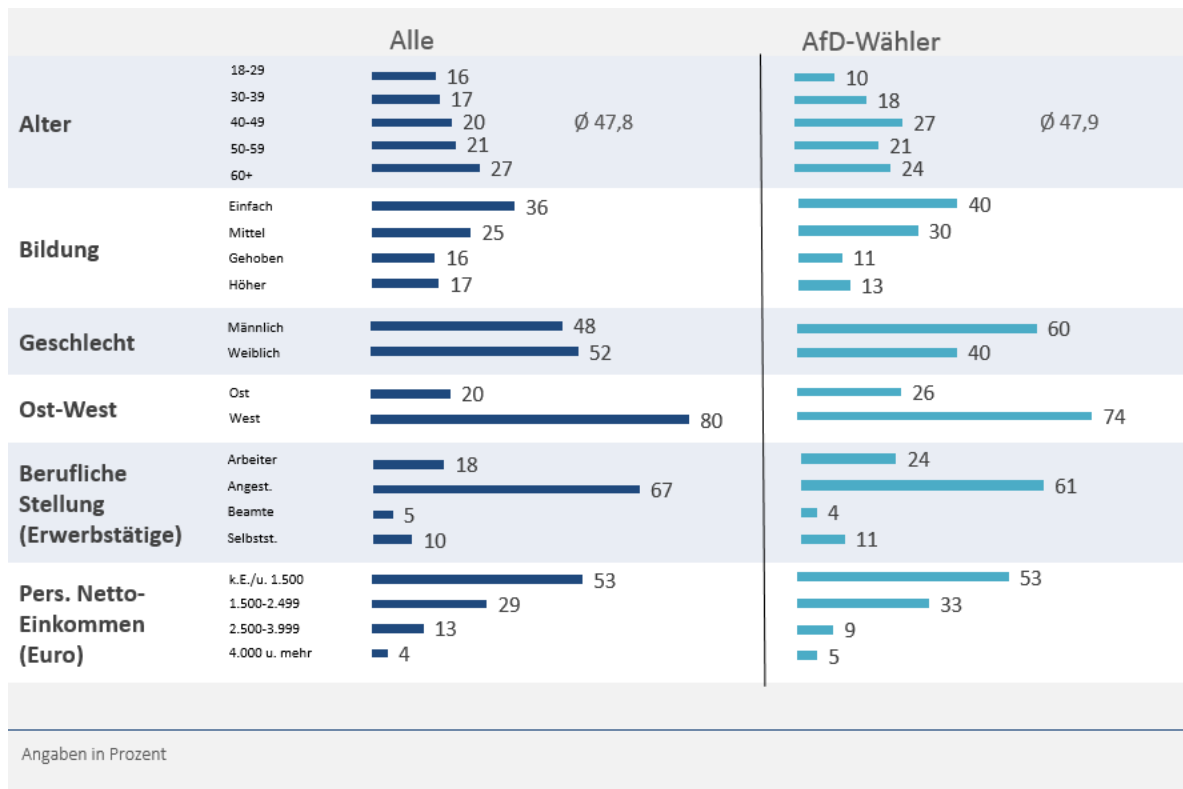
Beginnt man diese Spurensuche bei den sozialen Lebenslagen, so wird schnell deutlich, dass zwingend zwischen der objektiven Lebenslage, d.h. *dem tatsächlichen sozioökonomischen Status* einer Person, und der subjektiven Lebenslage, d.h. der *persönlichen Einschätzung des eigenen Lebens* und diesbezüglicher Erwartungen, zu unterscheiden ist. Beide gehen nicht zwangsläufig Hand in Hand.

Objektive Lebenslage: Das soziale Sandwich der AfD

Offensichtlich ist zunächst, dass die AfD-Wählerschaft stark männlich geprägt ist (Abb. 13): 60 Prozent ihrer Wähler sind dieses Geschlechts, nur 40 Prozent sind Frauen. Zudem rekrutieren die Rechtspopulisten überdurchschnittlich unter den mittleren Altersgruppen: 45 Prozent ihrer Wähler finden sich unter den 30-49-Jährigen, während derzeit nur 37 Prozent aller Wahlberechtigten in diese Altersspanne fallen. Auch in der statistischen Prüfung lässt sich für Männer und mittlere Jahrgänge eine höhere Wahrscheinlichkeit feststellen, AfD zu wählen oder zum AfD-Potenzial zu gehören⁷ (Modell 1, Tabelle 1 im Anhang).

⁷ Bzw. zeigt Modell 1, dass alle anderen Altersgruppen eine geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, AfD zu wählen oder zum AfD Potenzial zu gehören als die Gruppe der 30-49jährigen.

Abbildung 13: Soziodemographie



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

In geographischer Hinsicht sind Ostdeutsche unter den AfD-Wählern übermäßig vertreten: 26 Prozent von letzteren leben in den neuen Bundesländern, während hier nur 20 Prozent der Wahlberechtigten insgesamt wohnen. Im Westen findet die AfD derzeit 74 Prozent ihrer Wähler, wenngleich hier 80 Prozent aller volljährigen Bürger leben. Statistisch haben Wahlberechtigte, die in den westdeutschen Bundesländern leben, ebenso eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen (-3 Prozent) und/oder zum AfD-Potenzial (-6 Prozent) zu gehören als Ostdeutsche. Allerdings ist dieser Unterschied unter Kontrolle von Einkommen und Berufsposition nicht so groß, wie die Verteilung der Wählerstimmen vermuten lassen würde (Modell 1, Tabelle 1 im Anhang). Ein genuiner, womöglich sogar kulturell bedingter Ost-Faktor besteht somit nur in begrenztem Maße. Stattdessen erklärt die insgesamt schlechtere sozioökonomische Lage zwischen Rostock und Suhl große Teile des Wählergefälles.

Doch genauso wenig wie zur Ostpartei, sollte man die AfD vorschnell zur Partei der ärmeren Bevölkerungsteile erklären. Zwar fällt hinsichtlich der beruflichen Stellung der erwerbstätigen AfD-Wähler der deutlich überdurchschnittliche Anteil an Arbeitern ins Auge (24 Prozent, +6 Punkte im Vgl. zu allen Wahlberechtigten). Im Vergleich zu Angestellten, Beamten und Selbstständigen weisen diese auch tatsächlich als Einzige eine statistisch signifikant gesteigerte AfD-Wahl- und Potenzialwahrscheinlichkeit auf (3 bzw. 6 Prozent, siehe Modell 2, Tabelle 1 im Anhang).

Daraus lässt sich jedoch nicht pauschal ableiten, dass die AfD-Wahl umso wahrscheinlicher würde, desto geringer der sozioökonomische Status eines Menschen ist. Dies wird bereits beim Blick auf die Bildung deutlich.

Zwar sind innerhalb der AfD-Wählerschaft Menschen einfacher Bildung überdurchschnittlich vertreten (40 Prozent, +4 Punkte), dies gilt jedoch genauso für Personen mit mittlerer Bildung (30 Prozent, +5 Punkte). Allein Menschen mit (Fach-)Hochschulreife (11 Prozent, -5 Punkte) oder akademischer Ausbildung (13 Prozent, -4 Punkte) sind im Vergleich zu allen Wahlberechtigten unterrepräsentiert. Auch statistisch wählen nur Menschen mit mindestens Fachhochschulreife signifikant seltener AfD als Personen mit Hauptschulabschluss. Innerhalb der beiden Gruppen gibt es dagegen keine signifikanten Unterschiede, auch nicht zwischen Inhabern der Mittleren Reife und Menschen mit Hauptschulabschluss (Modell 3, Tabelle 1 im Anhang). Somit ist die Neigung zur AfD-Wahl kein Monopol der Niedrig- und Niedrigstgebildeten.

Auch beim persönlichen Einkommen zeigt sich, dass hinsichtlich der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit kein besonderer Anstieg am „unteren Rand“ der Gesellschaft auszumachen ist: Es gibt keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen Menschen mit einem geringen Nettoeinkommen von unter 1500 Euro und solchen mit einem Nettoeinkommen zwischen 1500 und 2500 Euro (Modell 2, Tabelle 1 im Anhang). Die AfD-Wahl ist kein exklusives Phänomen besonders einkommensschwacher Lebensverhältnisse.

Vielmehr liegt die politische Brisanz darin, dass es der Partei, anders als etwa der NPD, gelingt, in einer gesellschaftlichen Klammerbewegung zugleich Wahlberechtigte der unteren und unteren Mittelschichten als auch solche aus stark gehobenen materiellen Verhältnissen anzusprechen: Sowohl die Einkommensgruppen bis 2500 Euro als auch die oberen Einkommensgruppen (über 4000 Euro Nettoeinkommen) würden signifikant häufiger AfD wählen als die mittleren Einkommensgruppen zwischen 2500 und unter 4000 Euro (Modell 2, Tabelle 1 im Anhang). In diesem Modell wurde für den Migrationshintergrund, das Geschlecht, die Ost-West Zugehörigkeit, das Alter und die Berufsposition kontrolliert.

Hinzu kommt, dass – zumindest zum Befragungszeitpunkt Mitte Januar bis Anfang Februar 2017, d.h. vor dem Kölner Bundesparteitag der AfD – die Wahrscheinlichkeit, zum AfD-Potenzial zu gehören, für die obere Einkommensgruppe mit 11 Prozent fast doppelt so groß war wie die Wahrscheinlichkeit einer erklärten AfD-Wahlabsicht. Das heißt: Ein nicht unbeachtlicher Teil des AfD-Potenzials findet sich in den oberen Einkommensgruppen. Dies könnten Personengruppen sein, die sich durch das wirtschaftsliberale Programm der AfD angesprochen fühlen. Die AfD lebt womöglich noch immer von ihrer ehemaligen Teilung in einen eher bürgerlich-liberalen Lucke-Flügel und einen eher national-populistischen Flügel.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Großteil der AfD-Wähler/innen und auch des AfD-Potenzials in der unteren Mittelschicht zu finden sind. Allerdings sind es keinesfalls ausschließlich die „sozial Abgehängten“, die die AfD wählen bzw. zum Wählerpotenzial gehören.

Subjektive Lebenslage: Die Angst vor dem sozialen Abstieg

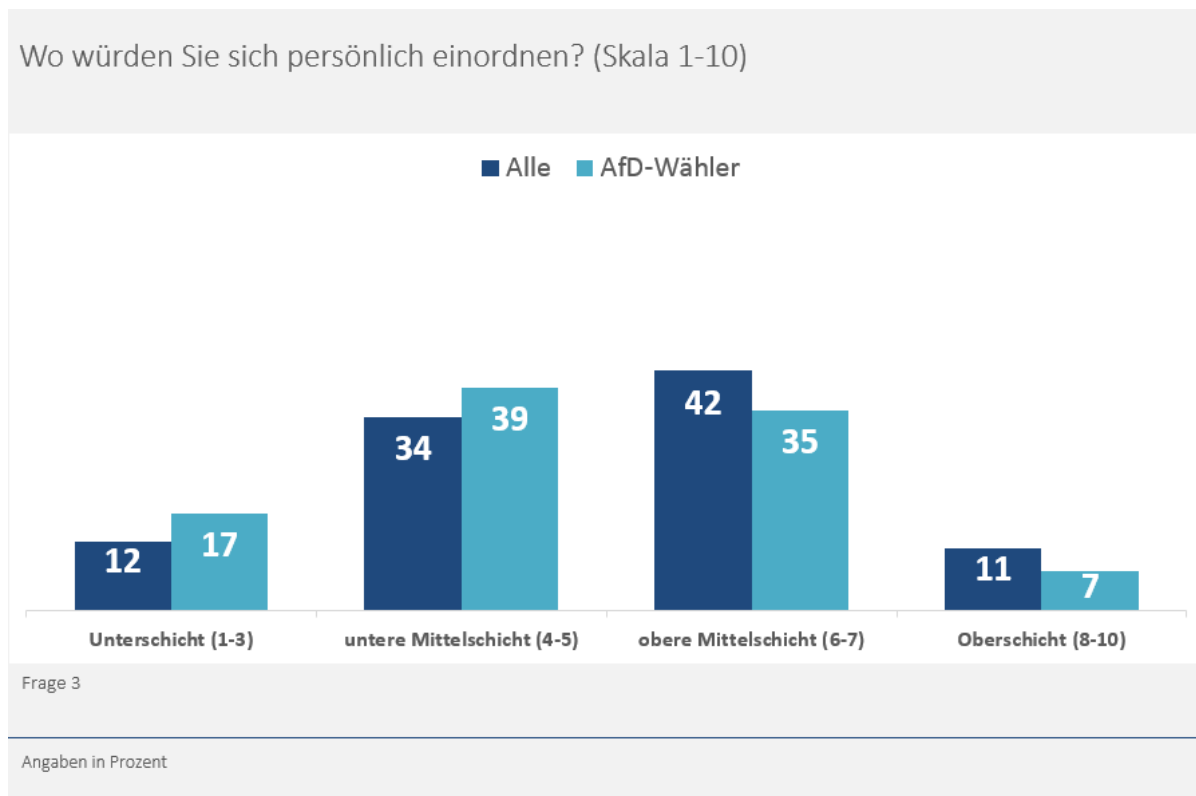
Die obigen Befunde zeigen, dass sich die Bereitschaft zur AfD-Wahl nicht dadurch erklären lässt, dass sich die Wähler in einer für ihre soziale Existenz objektiv bedrohlichen Lage befänden. Dadurch rückt die Frage in den Vordergrund, wie die AfD-Wähler ihre soziale Position *wahrnehmen*. Dabei wird schnell deutlich: stärker als andere kämpfen sie mit (subjektiven) Abstiegserfahrungen und Zukunftsängsten.

Bittet man erklärte AfD-Wähler, sich selbst anhand einer 10-Punkte-Skala in der Gesellschaft zu verorten, so ordnen sie sich tendenziell auf einer niedrigeren sozialen Stufe ein als

die Gesamtheit der Wahlberechtigten (Abb. 14): 56 Prozent der AfD-Wähler betrachten sich als Angehörige der Unterschicht oder unteren Mittelschicht (Werte 1 bis 5), unter allen Wahlberechtigten tun dies nur 46 Prozent. Auch in den multivariaten Analysen weisen Personen eine desto höhere AfD-Wahlwahrscheinlichkeit auf, je niedriger sie sich selbst einstufen. Personen, die sich ganz oben in der Gesellschaft einsortieren, weisen eine um 10 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, AfD zu wählen (und sogar eine 20 Prozentpunkte geringere zum AfD Potenzial zu gehören) als solche, die sich ganz unten in der Gesellschaft eingruppierten (Modell 4, Tabelle 1 im Anhang).

Dabei spiegelt sich hierin eben mehr als ein reiner Zusammenhang zwischen objektivem sozioökonomischem Status und AfD-Wahlwahrscheinlichkeit: Denn der Effekt bleibt auch unter Kontrolle des Einkommens und der Berufsposition signifikant. Das heißt, die individuelle soziale Einordnung hat – unabhängig von der jeweiligen individuellen Einkommens- und Berufsposition – einen eigenen Erklärungsgehalt in Bezug auf die Entscheidung, AfD zu wählen. Dieser Aspekt der Selbsteinordnung ist auch eng mit Fragen der Gerechtigkeitswahrnehmung verbunden: Die subjektive Eingruppierung in der Gesellschaft korreliert signifikant positiv (0,2) mit der Einschätzung, wie gerecht die Gesellschaft organisiert ist. Anders ausgedrückt, je schlechter es jemandem subjektiv geht, als desto ungerechter empfindet er die Gesellschaft.

Abbildung 14: Untere (Mittel-)Schichten

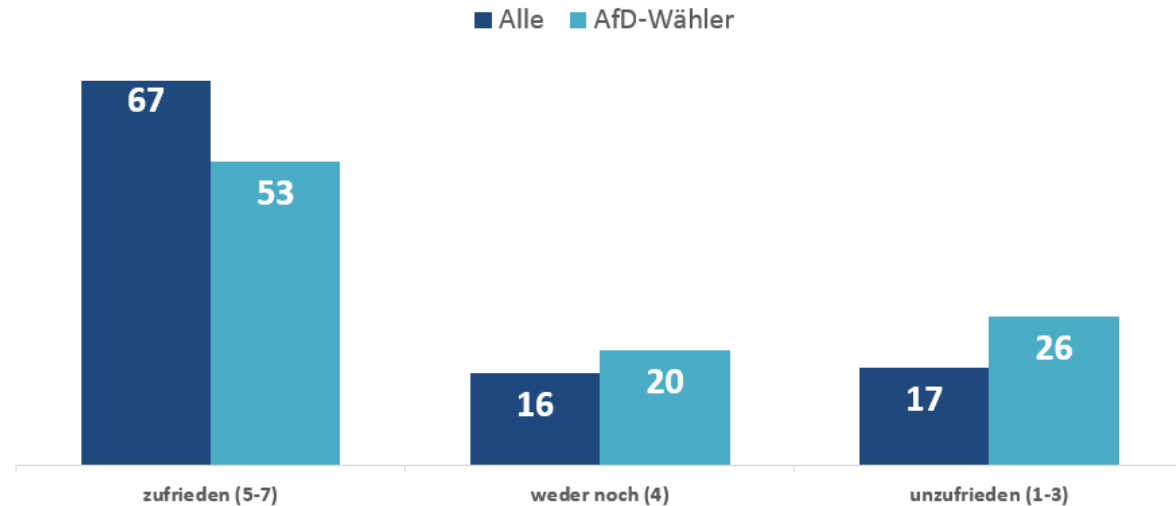


Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Zu diesem Befund passt, dass AfD-Wähler insgesamt deutlich unzufriedener auf ihr Leben blicken als die Gesamtheit der Wahlberechtigten (Abb. 15): 26 Prozent sind explizit unzufrieden (+9 Punkte), 20 Prozent stehen ihrem Leben neutral gegenüber (+4 Punkte), nur 53 Prozent sind zufrieden (-14 Punkte).

Abbildung 15: Unzufriedenheit

Mit ihrem Leben sind derzeit... (Skala 1-7)



Frage 1

Angaben in Prozent

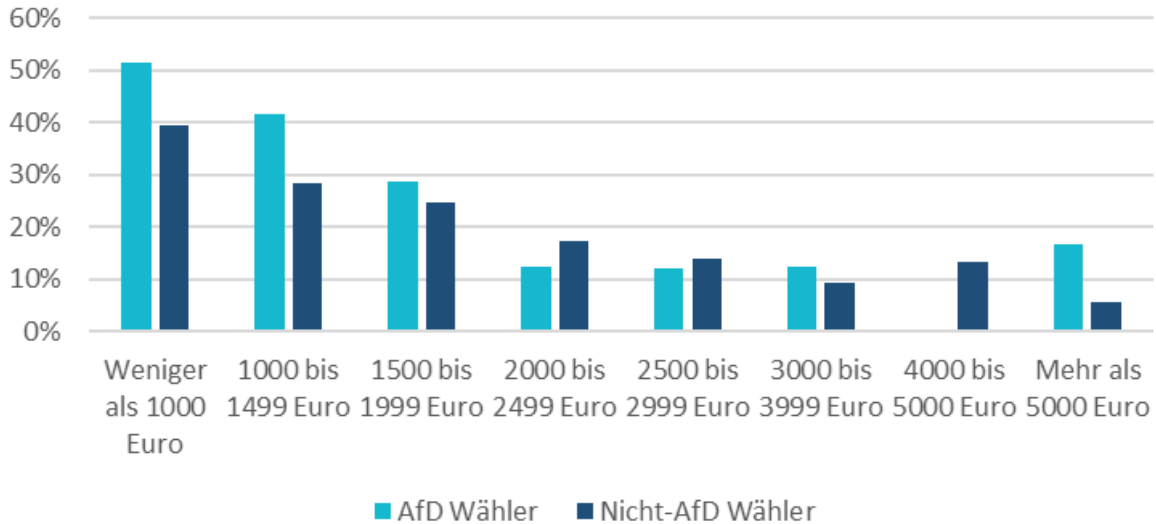
Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Der Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und einer negativen subjektiven Einordnung der eigenen Lage setzt sich fort, wenn man die empfundene Aufstiegs- oder Abstiegsbewegung der Menschen in der Generationenfolge betrachtet (Abb. 17). Vergleicht man hierzu den derzeitigen subjektiven Sozialstatus der Wahlberechtigten mit der sozialen Verortung ihres Elternhauses zu Kindheitszeiten, so neigen AfD-Wähler überdurchschnittlich dazu, sich selbst als Absteiger (34 Prozent, +9) auszuweisen. Im Umkehrschluss zeigt die multivariate Analyse, dass Personen, die ihre soziale Position als gleichwertig zu der ihrer Eltern wahrnehmen oder einen sozialen Aufstieg erlebt haben, im Vergleich zu Befragten, die angeben im Vergleich zu ihren Eltern einen sozialen Abstieg erlebt zu haben, signifikant seltener AfD wählen oder zum AfD -Potenzial gehören. Dieser Befund ist unter Kontrolle des höchsten Bildungsabschlusses, der beruflichen Position und des Einkommens stabil, d.h., dass diese Einschätzung zu einem gewissen Grad unabhängig von der objektiven sozialen Situation vorgenommen wird (Modell 5, Tabelle 1 im Anhang).

Dies bestätigt auch Abbildung 16, die zeigt, dass sich AfD-Wähler in fast jeder Einkommensgruppe häufiger als Absteiger wahrnehmen als Nicht-AfD-Wähler. Gleichzeitig zeigt die Grafik aber auch, dass sich sowohl AfD-Wähler als auch Nicht-AfD-Wähler seltener als soziale Absteiger einschätzen, wenn sie mehr verdienen. Dies ist zunächst einmal ein Hinweis darauf, dass die Einschätzung der eigenen Abstiegserfahrung einen „realistischen materiellen Kern“ hat. Offensichtlich scheinen AfD-Wähler ihre Situation jedoch grundsätzlich pessimistischer einzuschätzen. Dafür spricht auch, dass die Einschätzung der zukünftigen finanziellen Situation bei AfD-Wählern deutlich stärker negativ mit dem eigenen Einkommen korreliert als bei Nicht-AfD Wählern. Beide Wählergruppen sehen die Entwicklung ihrer eigenen finanziellen Situation zwar häufiger pessimistisch, wenn sie weniger verdienen. Der Korrela-

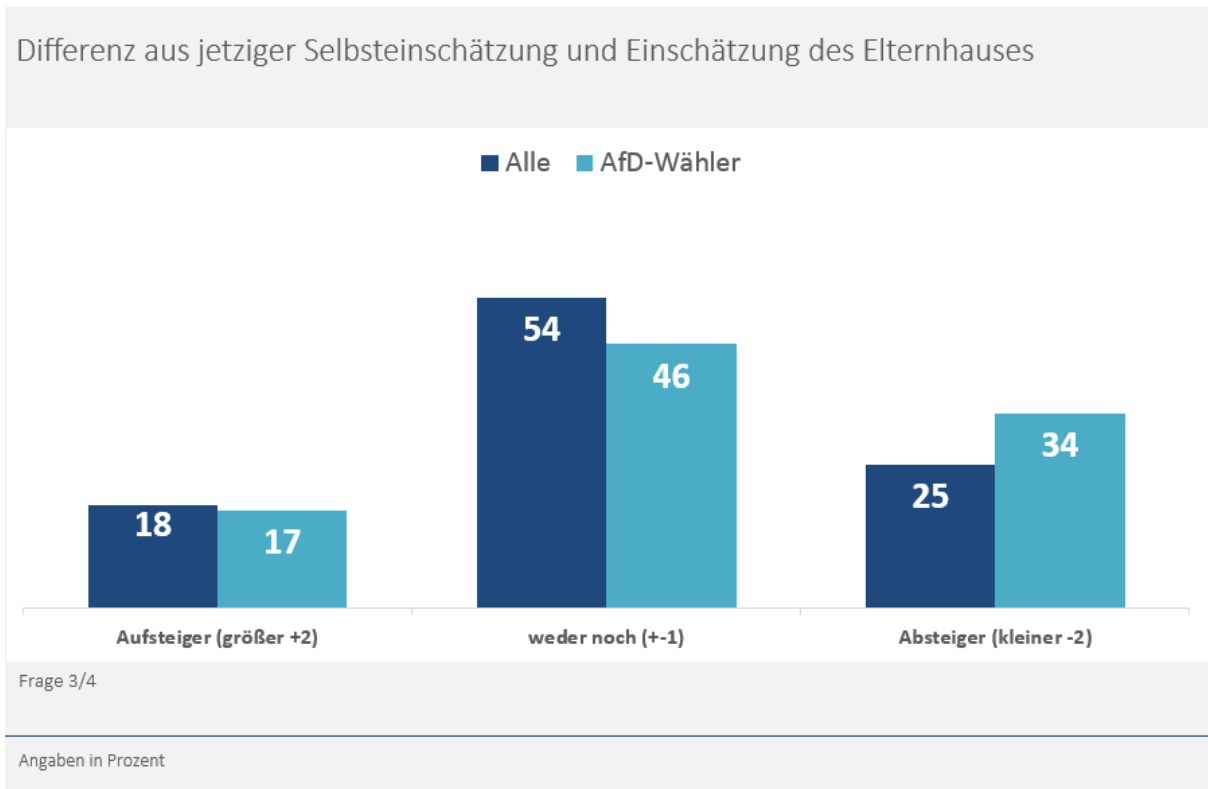
tionskoeffizient ist bei AfD-Wählern (-,14) jedoch doppelt so hoch wie bei Nicht-AfD-Wählern (-,07)⁸

Abbildung 16: Selbsteinschätzung sozialer Abstieg nach Einkommen



Anteil von Personen, die der Aussage zustimmen: „F08: Wenn Sie Ihren persönlichen Lebensstandard mit dem Ihrer Eltern vergleichen, würden Sie sagen, es geht Ihnen schlechter als Ihren Eltern“ nach Einkommen, N= 1.314, Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Darstellung

Abbildung 17: Abstiegserfahrung

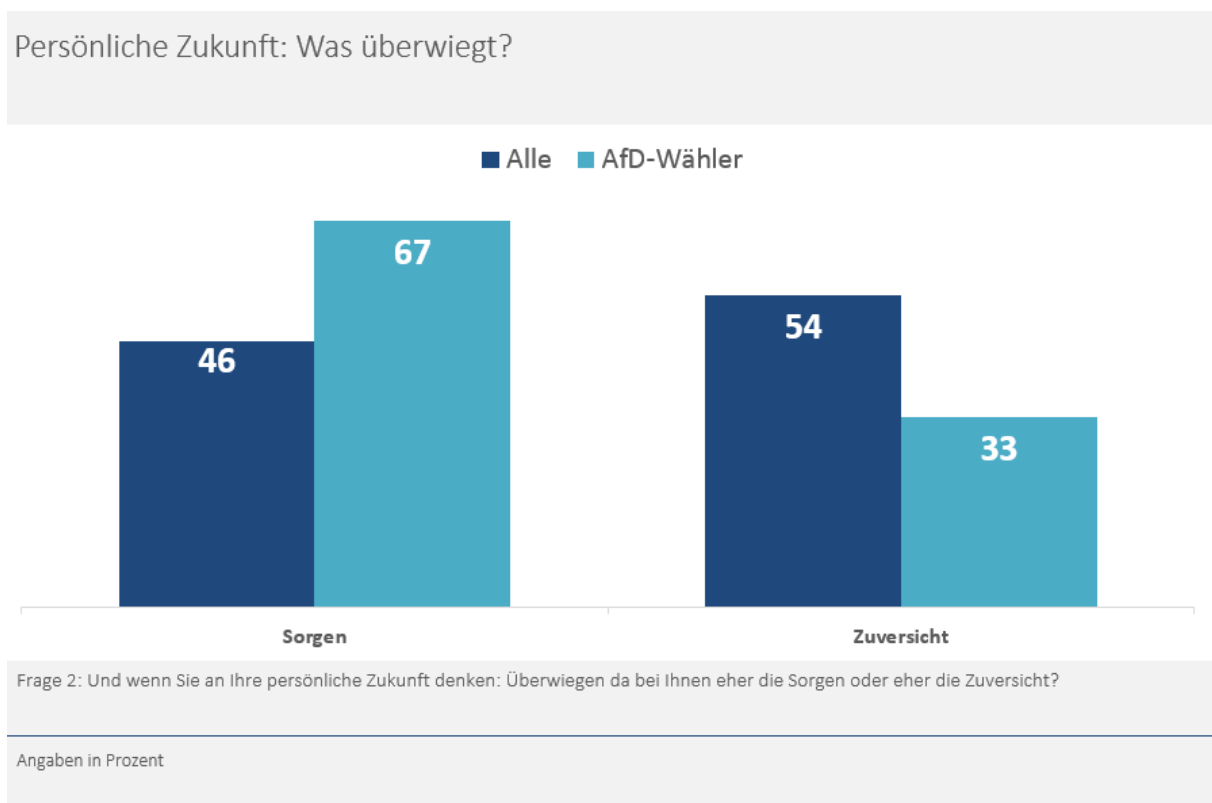


Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Darstellung

8 Dieser Zusammenhang ist zwar nicht sehr stark ausgeprägt, aber auf 0,01 Niveau signifikant.

Zugleich beschränkt sich der negative Blick von AfD-Wählern nicht nur auf das bisherige Leben: er richtet sich ebenso pessimistisch in die Zukunft (Abb. 18). Allgemein danach befragt, ob sie ihrer persönlichen Zukunft eher mit Sorgen oder eher mit Zuversicht entgegenblicken, berichten zwei Drittel von überwiegenden Sorgen, nur ein Drittel von Zuversicht. Unter allen Wahlberechtigten blickt dagegen eine Mehrheit von 54 Prozent kommenden Tagen optimistisch entgegen, 46 Prozent sind skeptisch. Personen, die mit Sorgen in die Zukunft blicken haben – auch unter Kontrolle objektiver Lagen (Bildung, Einkommen, berufliche Position) – eine 10 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen und eine 16 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit zum AfD-Potenzial zu gehören.

Abbildung 18: Sorgen über die persönliche Zukunft

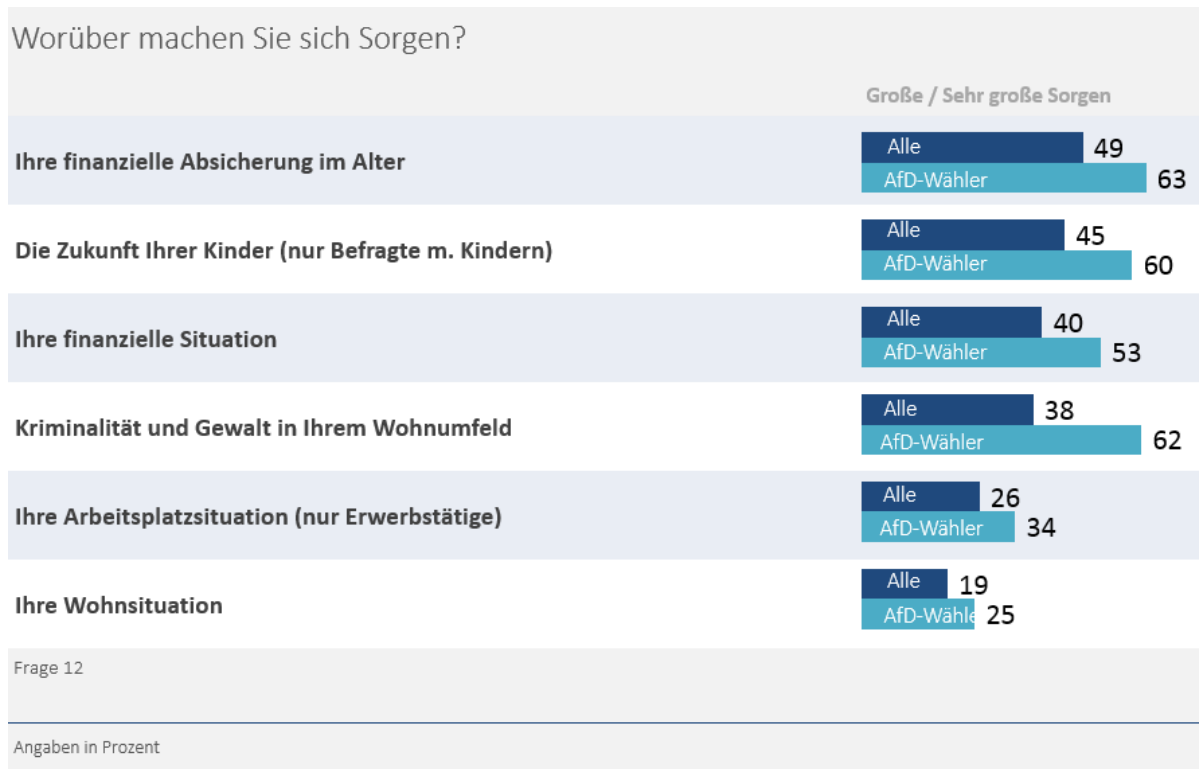


Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Dieser generelle Pessimismus übersetzt sich im Detail in mannigfaltige Einzelsorgen (Abb. 19). AfD-Wähler sorgen sich vor allem deutlich häufiger bezüglich Kriminalität und Gewalt im Wohnumfeld (62 Prozent, +24 Punkte), sowie weiterhin um ihre finanzielle Absicherung im Alter (63 Prozent, +14 Punkte), ihre finanzielle Situation insgesamt (53 Prozent, +13 Punkte), ihre Arbeitsplatzsituation (34 Prozent, +8 Punkte) und ihre Wohnsituation (25 Prozent, +6 Punkte). Diese charakteristische Angst vor Abstieg tritt in der multivariaten Analyse der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit besonders deutlich bei der Frage nach der Zukunft der eigenen Kinder zu Tage.

Diese Sorge ist ein starker Treiber der Bereitschaft AfD zu wählen: Im Vergleich zu Personen, die davon ausgehen, dass es ihre Kinder später einmal besser haben werden als sie selbst, wählen Personen, die vom Gegenteil ausgehen, signifikant häufiger AfD und ziehen es auch signifikant häufiger in Erwägung. Mit 7 bzw. 15 Prozentpunkten ist dieser Effekt sehr groß (Modell 11, nicht im Anhang ausgewiesen).

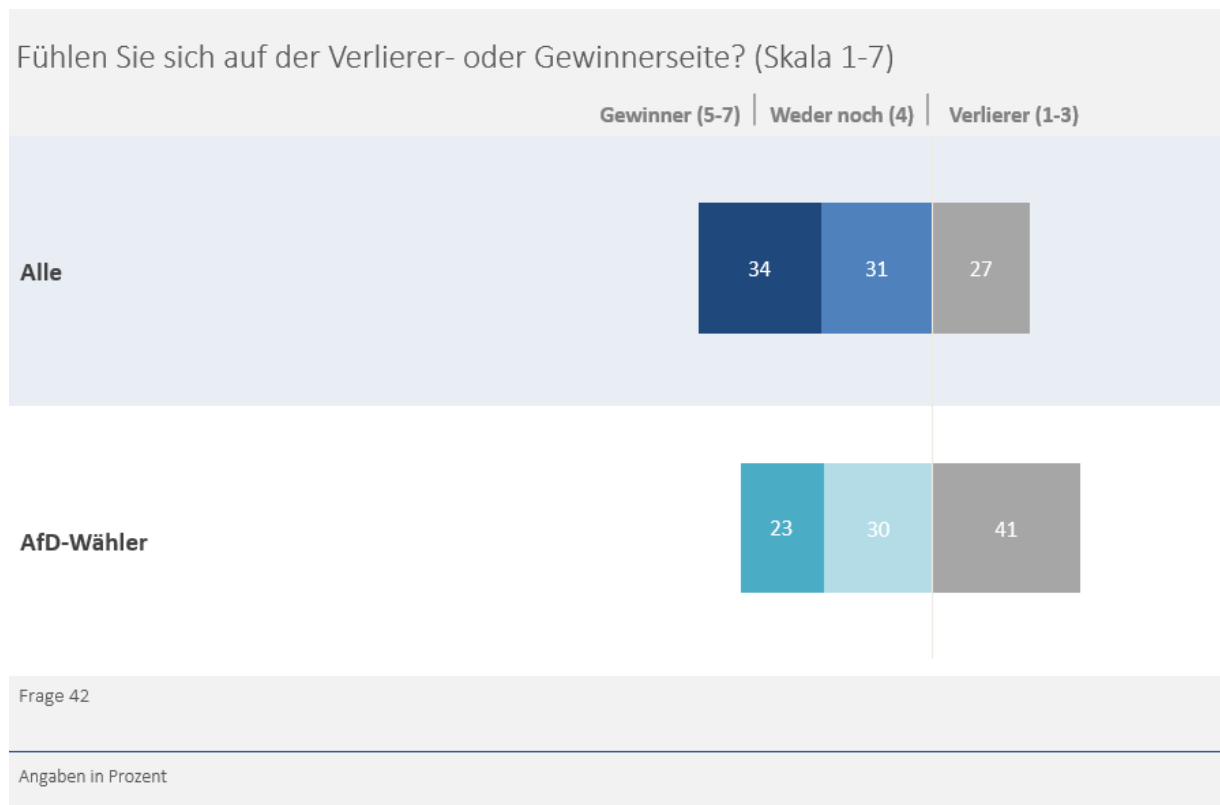
Abbildung 19: Art der Sorgen und Zukunftsängste



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Zugespielt könnte man also insgesamt formulieren, dass es weniger reale Entbehrenen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenem Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten in Bezug auf die Zukunft sind, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. Menschen, die AfD wählen oder es zumindest in Erwägung ziehen, befinden sich somit überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt.

Im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung haben AfD-Wähler ebenso eine überdurchschnittliche Tendenz, sich als Verlierer zu fühlen (41 Prozent, +14 Punkte, Abb. 20). Während sich von allen Wahlberechtigten immerhin 34 Prozent als gesellschaftliche Gewinner wahrnehmen, sind es bei den AfD-Wählern lediglich 23 Prozent. Bei beiden Wählergruppen korreliert diese Einschätzung relativ deutlich mit dem Einkommen; auch hier ist dieser Zusammenhang bei den AfD-Wählern (,34) etwas stärker ausgeprägt als bei den Nicht-AfD-Wählern (,31). In Zusammenhang mit den oben dargestellten Befunden zeigt sich, dass AfD-Wähler dazu tendieren, ihre eigene finanzielle Situation stärker als AfD-Nichtwähler in ein Gefühl sozialer Unsicherheit „zu übersetzen“. Es wäre falsch zu sagen, dass Ängste in Bezug auf die eigene soziale Absicherung völlig unbegründet sind, jedoch scheint es bei den AfD-Wählern neben der eigenen finanziellen Situation zusätzliche „Verstärker“ dieser Zukunftssorgen zu geben.

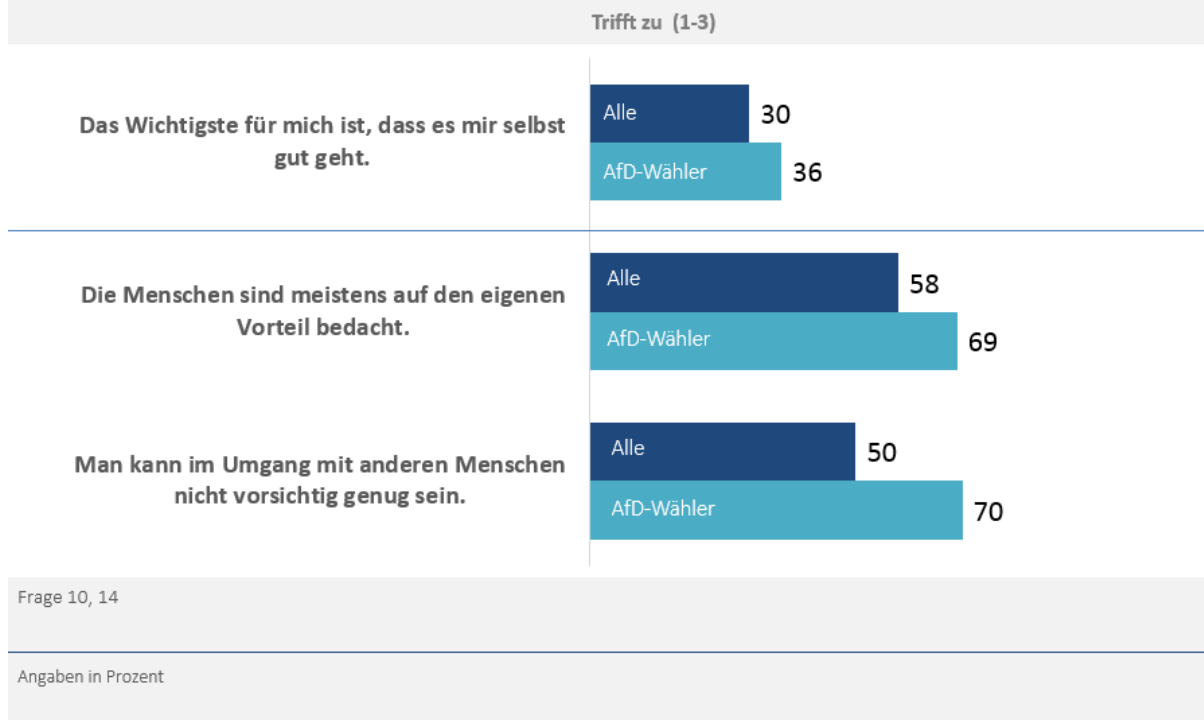
Abbildung 20: Verlierer der Entwicklung

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Die überdurchschnittlich negativen lebensweltlichen Erwartungen der AfD-Wählerschaft finden ihre Fortsetzung beim Blick auf ihre Mitmenschen. Das Sozialvertrauen von AfD-Wählern ist im Durchschnitt deutlich geringer ausgeprägt als unter den Wahlberechtigten insgesamt (Abb. 21): 69 Prozent der AfD-Wähler (+11 Punkte) stimmen der Aussage zu, dass die Menschen meistens auf den eigenen Vorteil bedacht seien; 70 Prozent (+20 Punkte) meinen, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein könne. Im Umkehrschluss zu diesem Misstrauen legen AfD-Wähler häufiger einen affirmativen Egoismus an den Tag: 36 Prozent von ihnen (+ 6 Punkte) stimmen der Aussage zu, dass am wichtigsten sei, dass es ihnen selbst gut gehe.

Abbildung 21: Affirmativer Egoismus / Sozialvertrauen

Wie hilfsbereit bzw. vertrauenswürdig sind andere Menschen? (Skala 1-7; Werte: 1-3)



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Ideelle Ebene: Autoritarismus und Systemdistanz

Jenseits ihrer charakteristischen Lebenslagen weisen AfD-Wähler jedoch auch auf der ideellen und politisch-gesellschaftlichen Einstellungsebene erhebliche Unterschiede zur Gesamtheit der Wahlberechtigten auf. Aus Teilen ihrer Forderungen ließe sich schließen, dass sie einen antipluralistisch-autoritären Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse befürworten würden.

Bereits in zentralen Elementen ihres Weltbildes positionieren sich viele AfD-Wähler deutlich autoritärer als der deutsche Durchschnitt (Abb. 22). So plädiert eine Mehrheit von ihnen für die Wiedereinführung der Todesstrafe (52 Prozent), während eine ebenso große Mehrheit aller Wahlberechtigten diese Forderung ablehnt (54 Prozent). Ebenso bestehen 57 Prozent der AfD-Wähler auf einem Vorrang „normaler“ Menschen vor Minderheiten – eine für Populismus charakteristische Position, die insgesamt von nur 28 Prozent der Wahlberechtigten vertreten wird.

Abbildung 22: Autoritäres Weltbild

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

Schwarz: Alle
Blau: AfD-Wähler

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Die Todesstrafe soll abgeschafft bleiben.	54 32	14 15	32 52	Die Todesstrafe sollte wieder eingeführt werden.
Rechte von Minderheiten müssen gestärkt werden.	41 18	31 25	28 57	Normale Menschen müssen Vorrang vor Minderheiten haben.

Frage 25

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Diese autoritäre Disposition findet ihre Fortsetzung in äußerst stark ausgeprägter Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus (Abb. 23). 83 Prozent der AfD-Wähler fühlen sich durch Zuwanderung fremd im eigenen Land (+39 Punkte), 87 Prozent verneinen eine Verantwortung des deutschen Staates gegenüber Flüchtlingen (+31 Punkte). Während immerhin 47 Prozent aller Wahlberechtigten meinen, dass es prinzipiell besser sei, wenn Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenlebten, vertreten 65 Prozent der AfD-Wähler die gegenteilige Ansicht, dass es besser sei, wenn sich die Völker der Erde nicht zu sehr vermischten (+38 Punkte).

Abbildung 23: Fremdenfeindlichkeit, Ethnozentrismus

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?

(Skala 1-7)

Schwarz: Alle

Blau: AfD-Wähler

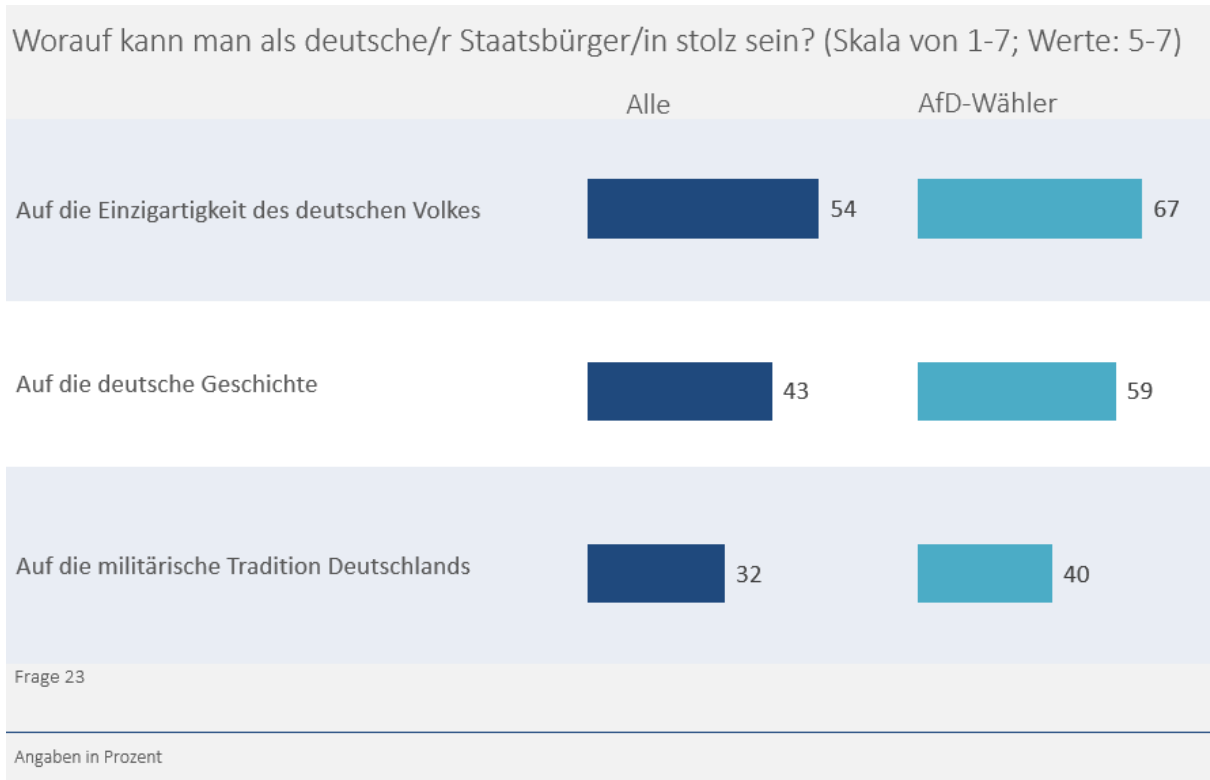
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Die Zuwanderung von Ausländern stellt eine Bereicherung dar.	36 7	21 10	44 83	Durch Zuwanderung fühlt man sich fremd im eigenen Land.
Wir haben eine besondere Verantwortung, Flüchtlinge willkommen zu heißen.	25 6	19 6	56 87	Der deutsche Staat kann nicht die Probleme der Welt lösen.
Es ist besser, wenn Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammenleben.	47 13	27 21	27 65	Es ist besser, wenn sich die Völker der Erde nicht zu sehr vermischen.

Frage 38

Angaben in Prozent

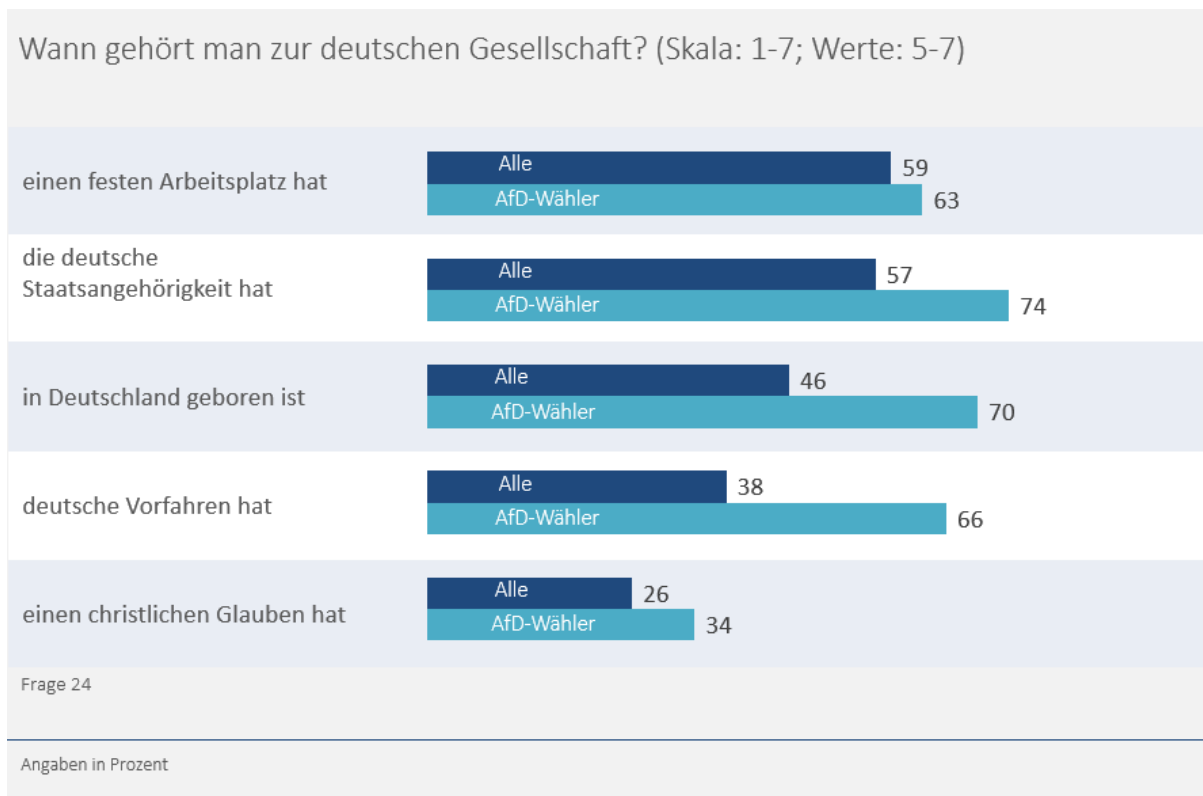
Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Weiterhin gründen AfD-Wähler ihr Nationalverständnis bzw. ihren Nationalstolz viel stärker auf traditionalistische Aspekte als die Gesamtheit der Wahlberechtigten, die ihrerseits deutlich größeren Wert auf moderne und verfassungspatriotische Identifikationsmotive legen (Abb. 24). Zwei Drittel der AfD-Wähler berufen sich auf die Einzigartigkeit des deutschen Volkes (+13 Punkte), 59 Prozent ziehen die deutsche Geschichte heran (+16 Punkte) und 40 Prozent sehen in der militärischen Tradition Deutschlands Anlass für Stolz (+8 Punkte).

Abbildung 24: Traditionalistischer Nationalstolz

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

In diesem Sinne ist es eigentlich nur folgerichtig, dass AfD-Wähler die Kriterien für die Zugehörigkeit eines Menschen zur deutschen Gesellschaft deutlich essentialistischer definieren als die Wahlberechtigten insgesamt. Letztere betonen zuvorderst die Bedeutung variabler, d.h. im Lauf eines Lebens erwerblicher Kriterien wie Arbeitsplatz oder Staatsangehörigkeit. Nach diesem Verständnis haben Migranten also durchaus die Chance, im Zeitverlauf Teil der deutschen Gesellschaft zu werden. Bei AfD-Wählern ist die Zugehörigkeit dagegen starrer geregelt (Abb. 25): an Bedeutung liegen bei ihnen auf hohem Niveau nahezu gleich auf die deutsche Staatsangehörigkeit (74 Prozent, +17 Punkte), das *ius solis*, d.h. in Deutschland geboren zu sein (70 Prozent, +24 Punkte), sowie das *ius sanguinis*, d.h. deutsche Vorfahren zu haben (66 Prozent, + 28 Punkte).

Abbildung 25: Strenge Zugehörigkeitskriterien für die deutsche Gesellschaft

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Dieses tradierte und stärker geschlossene Konzept von Nation findet weiteren Ausdruck in ausgeprägter EU-Skepsis und harscher Globalisierungskritik (Abb. 26). Drei Viertel der AfD-Wähler (74 Prozent) sind der Auffassung, dass zu viele Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen würden, und übertreffen damit die ohnehin recht skeptische Grundhaltung aller Wahlberechtigten um 24 Prozentpunkte. 64 Prozent der AfD-Wähler fordern darüber hinaus, dass Deutschland seine eigenen Interessen auch zum Schaden anderer EU-Länder verfolgen sollte – unter allen Wahlberechtigten tun dies lediglich 36 Prozent. Eine Mehrheit von 52 Prozent der AfD-Wähler ist weiterhin der Meinung, dass die Globalisierung Arbeitsplätze in Deutschland vernichte (+24 Punkte), nur 20 Prozent glauben an Arbeitsplatzgewinne (-13 Punkte).

Abbildung 26: EU-Skepsis, Globalisierungskritik

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?

(Skala 1-7)

Schwarz: Alle

Blau: AfD-Wähler

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Es sollten mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden.	19 9	31 17	50 74	Es werden zu viele Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen.
Deutschland sollte auch d. Interessen anderer EU-Mitgliedsländer berücksichtigen.	37 16	27 20	36 64	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies anderen EU-Ländern schadet.
Die Globalisierung vernichtet Arbeitsplätze in unserem Land.	28 52	38 29	33 20	Die Globalisierung schafft Arbeitsplätze in unserem Land.

Frage 38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Während man nach außen also möglichst große Autonomie und Kraftdemonstration der deutschen Nation einfordert, fällt der Blick auf die inneren Zustände eher pessimistisch aus (Abb. 27). Dies gilt zum einen für die soziale Verfasstheit der Gesellschaft, die von AfD-Wählern noch kritischer gesehen wird als von der Gesamtheit der Wahlberechtigten: drei Viertel der AfD-Wähler sehen in der Gesellschaft nur noch Unten und Oben, eine Mittelschicht gebe es nicht mehr (74 Prozent, +16 Punkte). Ebenso glauben 74 Prozent von ihnen, dass die Gesellschaft immer weiter auseinandertreibe, der Zusammenhalt also schwinde (+21 Punkte).

Abbildung 27: Auseinandertreiben der Gesellschaft

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

Schwarz: Alle
Blau: AfD-Wähler

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
In unserer Gesellschaft gibt es nur noch Oben und Unten.	60 76	20 14	19 11	Wir haben eine breite Mittelschicht.
Unsere Gesellschaft treibt immer weiter auseinander.	53 74	23 15	23 12	In unserer Gesellschaft gibt es noch viel Zusammenhalt.

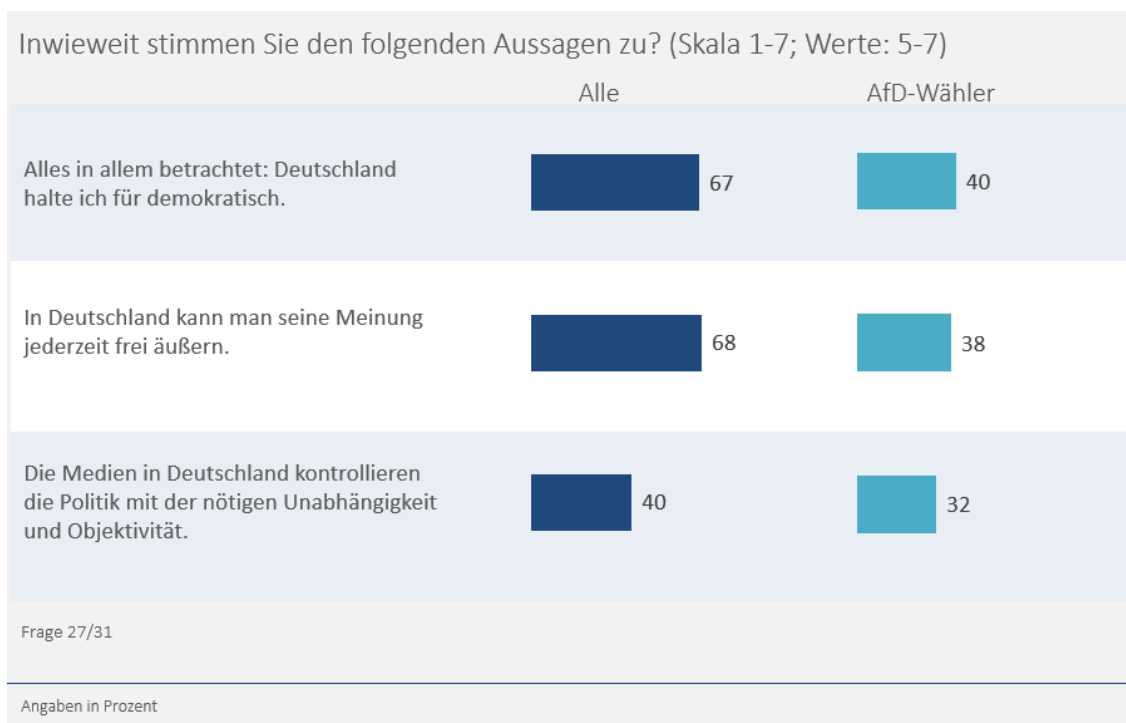
Frage 38

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Gesellschaftlich höchst problematisch ist das Bild, das sich AfD-Wähler vom Zustand der deutschen Demokratie machen (Abb. 28): Lediglich 40 Prozent der AfD-Wähler halten Deutschland alles in allem für demokratisch (-27 Punkte).

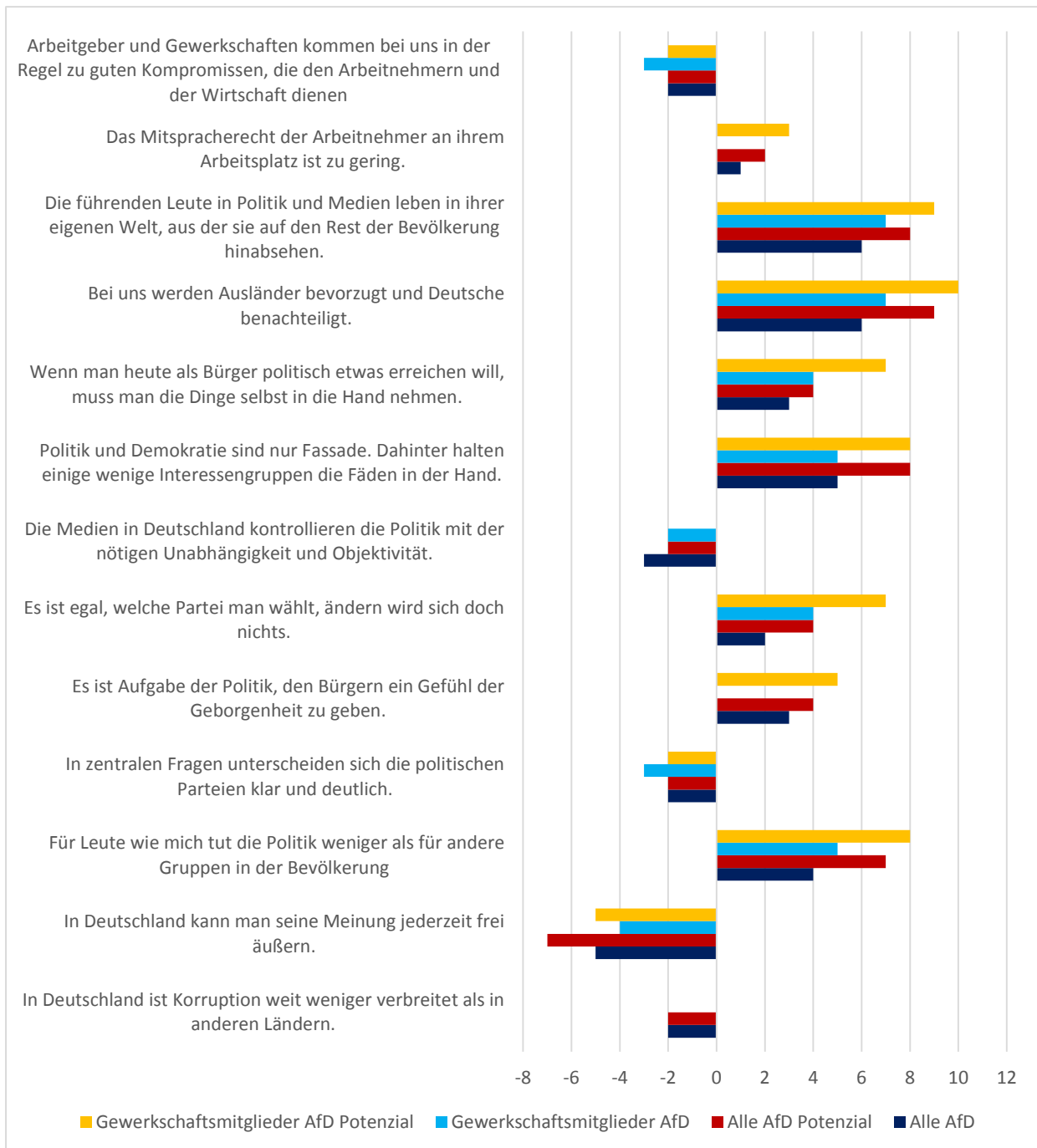
Abbildung 28: Distanz zu Demokratie und Medien



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Gerade 38 Prozent sehen in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit als gegeben an (-30 Punkte), und nur 32 Prozent gehen davon aus, dass die deutschen Medien die Politik unabhängig und objektiv kontrollieren (-8 Punkte). Auch in den multivariaten Analysen bestätigt sich, dass Personen, die die Meinungsfreiheit und die unabhängige Kontrolle der Politik durch die Medien in Deutschland als gegeben betrachten signifikant seltener AfD wählen oder dies in Erwägung ziehen (Abb. 29).

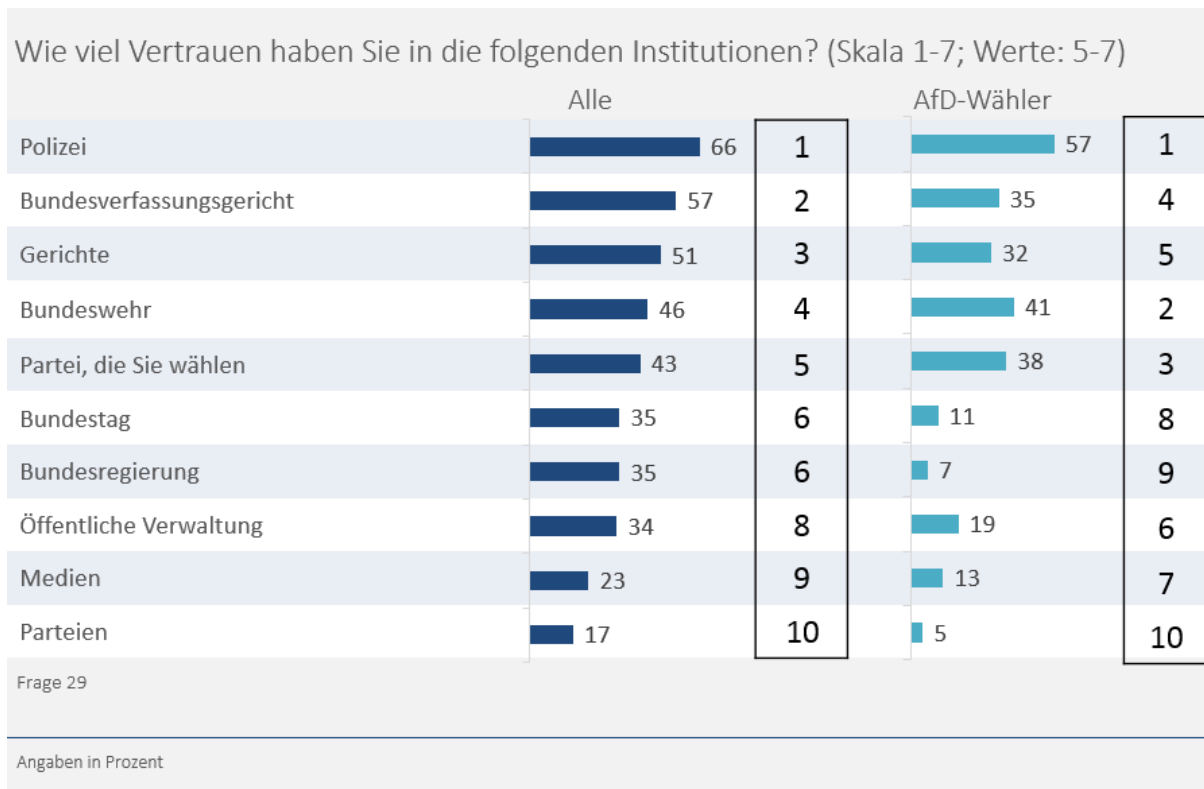
Abbildung 29: Einfluss unterschiedlicher Aspekte der Distanz zum politischen System auf AfD-Wahl bzw. Zugehörigkeit zum AfD-Potenzial, Gesamtsample und Gewerkschaftsmitglieder



Die Grafik liest sich folgendermaßen: Der Balken zeigt jeweils für alle Befragten und Gewerkschaftsmitglieder die Wahrscheinlichkeit an AfD zu wählen oder zum AfD Potenzial zu gehören, wenn sie der jeweiligen Aussage zustimmen. Referenzkategorie sind Personen, die der Aussage nicht zustimmen. Missings wurden nicht mitgeschätzt, da es sich um metrische Variablen handelt. Die Antwortmöglichkeiten variieren zwischen (1= stimme überhaupt nicht zu und 7=stimme voll und ganz zu). In den Regressionen wurde für Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland kontrolliert. Die Effekte sind als Ames ausgewiesen. Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Auswertung

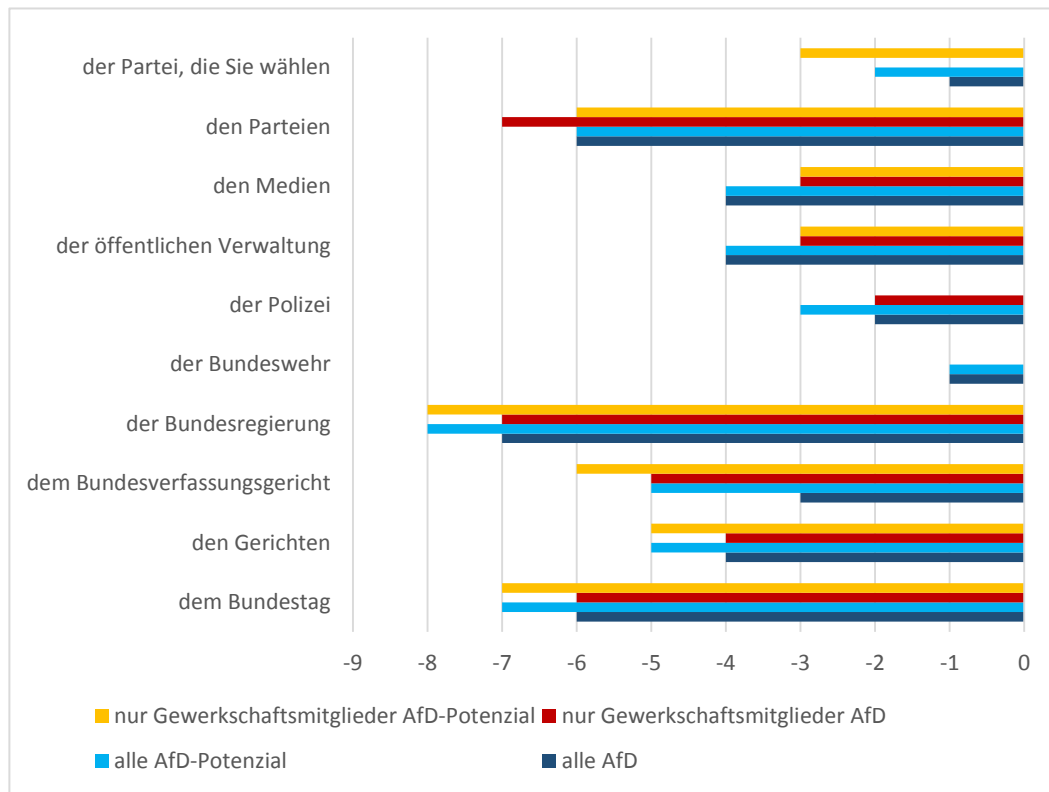
Die umfassende Kritik am deutschen politischen System drückt massives Misstrauen gegenüber den maßgeblichen Institutionen des Landes aus (Abb. 30). Allein die klassischen, nicht unmittelbar politischen Staatsinstitutionen wie Polizei (57 Prozent Vertrauen, -9 Punkte) und Bundeswehr (41 Prozent Vertrauen, -5 Punkte) können sich eines annähernd ähnlichen Vertrauens erfreuen wie im Durchschnitt aller Wahlberechtigten – alle sonstigen Institutionen werden teils deutlich schlechter bewertet. Vor allem die Medien (13 Prozent Vertrauen, -10 Punkte) sowie die politischen Institutionen Bundestag (11 Prozent, -24 Punkte), Bundesregierung (7 Prozent, -28 Punkte) und zuletzt die Parteien (5 Prozent, -12 Punkte) genießen nur das Vertrauen einer sehr kleinen Minderheit. Sie werden damit noch stärker abgestraft als es bereits im Gesamtdurchschnitt der Fall ist. Interessanterweise vertrauen allerdings 38 Prozent der AfD-Wähler der Partei, die sie wählen, und erreichen damit fast den Durchschnittswert aller Befragten (43 Prozent). Die multivariaten Analysen bestätigen, dass insbesondere ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag und die Parteien die Wahrscheinlichkeit erhöhen, AfD zu wählen oder zum Potenzial zu gehören (Abb. 31).

Abbildung 30: Institutionenvertrauen



Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

Abbildung 31: Einfluss unterschiedlicher Aspekte des Vertrauens in Institutionen auf AfD-Wahl bzw. Zugehörigkeit zum AfD-Potenzial, Gesamtsample und Gewerkschaftsmitglieder



Die Grafik liest sich folgendermaßen: Der Balken zeigt jeweils für alle Befragten und Gewerkschaftsmitglieder die Wahrscheinlichkeit an, AfD zu wählen oder zum AfD Potenzial zu gehören, wenn sie der jeweiligen Aussage zustimmen. Referenzkategorie sind Personen, die der Aussage nicht zustimmen. Missings wurden mitgeschätzt aber nicht ausgewiesen. In den Regressionen wurde für Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland kontrolliert. Die Effekte sind als Average Marginal Effects (AMEs) ausgewiesen. Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Auswertung

Ihr augenscheinlich zerrüttetes Verhältnis zur repräsentativen Demokratie übersetzen die AfD-Wähler entsprechend in eine äußerst starke Befürwortung der direkten Durchsetzung des „Volkswillens“ (Abb. 32). Einmal mehr überzeichnen sie damit allerdings eine Tendenz, die in der Gesamtbevölkerung bereits gegeben ist. 71 Prozent sind der Meinung, dass bedeutende Fragen direkt vom Volk entschieden werden sollten (+16 Punkte). 79 Prozent fordern darüber hinaus das imperative Mandat, das Politiker zwingt, nach dem Mehrheitswillen des Volkes zu entscheiden (+20 Punkte). Ebenso glauben 65 Prozent der AfD-Wähler an die Existenz eines Volkswillens, den es in der Demokratie durchzusetzen gelte (+20 Punkte).

Abbildung 32: Forderung nach direkter Einflussnahme

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?

(Skala 1-7)

Schwarz: Alle

Blau: AfD-Wähler

Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Ein Politiker kann auch mal gegen den Willen d. Mehrheit entscheiden.	20 9	21 11	59 79	Ein Politiker muss so entscheiden, wie die Mehrheit des Volkes entscheiden würde.
Es gibt so etwas wie einen einheitlichen Volkswillen nicht.	31 15	23 19	45 65	In der Demokratie kommt es darauf an, den Willen des Volkes durchzusetzen.
Bedeutende Fragen sollten gewählte Volksvertreter entscheiden.	23 17	23 13	55 71	Bedeutende Fragen sollte das Volk per Volksentscheid entscheiden.

Frage 28

Angaben in Prozent

Quelle: Online-Erhebung von *pmg - policy matters* (2017), eigene Darstellung

5. Erfahrungen in der Arbeitswelt und die Bedeutung von Gewerkschaftsmitgliedschaft

Der Arbeitskontext spielt eine wichtige Rolle für die Entscheidung, AfD zu wählen. Bei der Wahlentscheidung ist allerdings weniger die objektive Erwerbssituation von Bedeutung, sondern vielmehr die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft. Dieser Befund findet einen exemplarischen Beleg in der Tatsache, dass die Erfahrung, aktuell arbeitslos zu sein (Modell 2, Tabelle 1 im Anhang) an sich keinen signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit hat, AfD zu wählen oder zum AfD-Potenzial zu gehören – die Einschätzung der Chance auf Wiederbeschäftigung im Falle einer Arbeitslosigkeit hingegen schon. Wenn Personen angeben, dass es für sie im Falle einer Arbeitslosigkeit schwer bis praktisch unmöglich ist, einen neuen Job zu finden, wählen sie signifikant häufiger AfD oder ziehen es in Betracht (Modell 9, Tabelle 1 im Anhang). Es bleibt in diesem Kontext festzuhalten: Personen, die arbeitslos sind oder jemals arbeitslos waren, wählen NICHT häufiger AfD als jene, die diese Erfahrung nicht gemacht haben. Selbiges gilt für Personen, die angeben nicht ausbildungsadäquat oder befristet beschäftigt zu sein (Modell 6 und Modell 10, Tabelle 1 im Anhang).

Die Arbeitswelt: Bedürfnis nach Gestaltung und Beeinflussbarkeit

Das Gefühl mangelnder Gestaltungsmacht kommt besonders im Bereich des technologischen Wandels zum Tragen. Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle angesichts der Zukunft der Arbeitswelt erhöhen die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen oder zum AfD-Potenzial zu gehören (siehe Abb. 33). So wählen Personen, die der Aussage „Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zustimmen, signifikant (7%) häufiger AfD als Personen, die dies nicht tun. Der vergleichsweise große Effekt dieser sehr starken Aussage, der unter Kontrolle von Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland geschätzt wurde, steht exemplarisch für das Empfinden, dass die Zukunft (im Arbeitskontext) nicht mehr individuell kontrollierbar und gestaltbar ist. Ebenso verdeutlicht diese Aussage eine sehr resignative Einstellung zu der Frage, ob sie überhaupt gestaltbar ist, denn was „irgendwo draußen in der Welt passiert“ kann auch nicht durch nationale oder europäische Kontrollinstanzen reguliert oder gestaltet werden. So gesehen steht diese Aussage für das Gefühl maximalen Kontrollverlusts und Ausgeliefertseins.

Zu diesem Gefühl passt auch, dass Personen, die den Aussagen „Durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“, „Ich stecke in unsicheren Billigjobs fest“ und „Dass ich für meinen Arbeitgeber leichter erreichbar bin, bedroht mein Privatleben.“ zustimmen, eine jeweils 4 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit haben, AfD zu wählen als Personen, die dem nicht zustimmen. Umgekehrt wählen Personen, die den Aussagen „Der technische Wandel sichert meinen Arbeitsplatz“ und „Ich habe berufliche Chancen in Europa und der ganzen Welt“ mit 5 bzw. 4 Prozentpunkten signifikant seltener AfD. Da in diesen Modellen für Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland kontrolliert wurde, ist dies ein recht großer Effekt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Personen auch unter Kontrolle des Einkommens und der beruflichen Positionen in Betrieben mit unter 10

Mitarbeitern signifikant häufiger AfD wählen als in Betrieben mit über 1000 Mitarbeitern (Modell 7, Tabelle 1 im Anhang). Denkbar ist, dass sich Personen in kleinen Betrieben den oben skizzierten Entwicklungen noch stärker ausgeliefert fühlen.

Die Tatsache, ob es in dem Betrieb einen Betriebsrat gibt, hat für alle Befragten keinen signifikanten Effekt auf die Entscheidung, AfD zu wählen – ebenso wenig wie die Frage, ob das Arbeitsverhältnis den Bestimmungen eines Tarifvertrages unterliegt (Modell 8 und 10, Tabelle 1 im Anhang).

Gewerkschaftsmitgliedschaft: Höhere Sensibilität für gerechte Verhältnisse in der Arbeitswelt

Wie stehen Gewerkschaftsmitglieder zur AfD? Die Auswertungen zeigen eindeutig: Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft macht auch unter Kontrolle gängiger sozialstruktureller Merkmale in Bezug auf Wahlverhalten und AfD-Potenzial *keinen Unterschied*⁹. Das bedeutet, dass Gewerkschaftsmitglieder genauso häufig AfD wählen wie andere Bevölkerungsgruppen. Bei der Analyse der Faktoren zeigen sich Parallelen zwischen der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder und der Gesamtbevölkerung. So hat das Einkommen keinen Einfluss auf das Wahlverhalten (Modell 1, Tabelle 2 im Anhang)¹⁰. Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern wählen Arbeiter signifikant häufiger AfD¹¹. Anders als in dem gesamten Sample hat der Bildungsabschluss aber keinen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten. Insbesondere bei Gewerkschaftsmitgliedern kann vermutet werden, dass der Arbeitskontext einen Einfluss auf die Haltung zur AfD hat. Tatsächlich ist auffällig, dass Gewerkschaftsmitglieder, die ausbildungsadäquat beschäftigt sind, - anders als der Befund für das Gesamtsample - signifikant seltener AfD wählen (Modell 3, Tabelle 2 im Anhang). Dies spricht dafür, dass Abwertungsprozesse bei Gewerkschaftsmitgliedern möglicherweise stärker am Arbeitsplatz erlebt werden. Diese Annahme wird auch durch den Befund gestützt, dass die Zustimmung zu Aussagen, die eine Ausweitung von Unsicherheit und Kontrolle am Arbeitsplatz betreffen, bei Gewerkschaftsmitgliedern einen größeren Einfluss auf das Wahlverhalten oder die Zugehörigkeit zum AfD Potenzial haben als im gesamten Sample¹². So hat die Zustimmung zu der Aussage „durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“ für Gewerkschaftsmitglieder einen deutlich größeren positiven Effekt auf die Entscheidung AfD zu wählen als für das gesamte Sample (siehe Abb. 33).

Wie in der Gesamtgruppe hat auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern Arbeitslosigkeit keinen signifikanten Effekt auf das Wahlverhalten, d.h. auch Gewerkschaftsmitglieder, die die Erfahrung gemacht haben, arbeitslos zu sein, wählen nicht häufiger AfD¹³. Selbiges gilt

9 Der nicht signifikante Effekt der Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen beträgt -,01 (Std. Err. ,01) und auf die Wahrscheinlichkeit zum AfD Potenzial zu gehören -,01 (Std. Err. ,02). In den Modellen wurde für das Einkommen, die berufliche Position, den höchsten Bildungsabschluss, das Alter, das Geschlecht, den Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland sowie den Migrationshintergrund kontrolliert.

10 Der positive und nur schwach signifikante Effekt der obersten Einkommensgruppe (+4000 Euro) sollte aufgrund der geringen Fallzahl (insgesamt gibt es in dieser Einkommensgruppe 17 Gewerkschaftsmitglieder im sample) nicht überschätzt werden.

11 Beamten gehören signifikant seltener zum AfD Potenzial – dies sind vermutlich Lehrer. Allerdings gibt es beim Potenzial keinen signifikanten Effekt mehr für die Arbeiter.

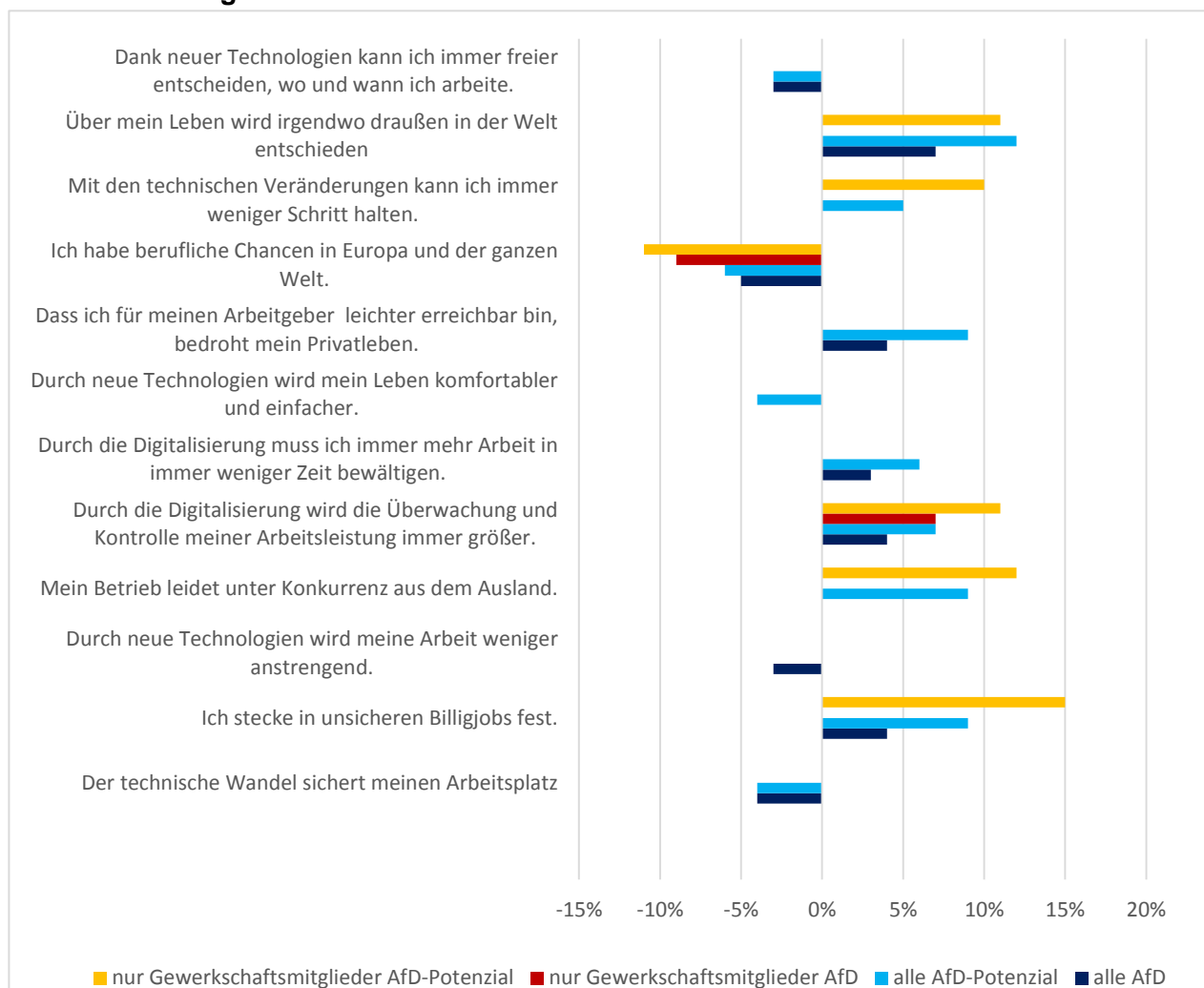
12 Insgesamt finden sich für Gewerkschaftsmitglieder weniger signifikante Effekte bei Fragen, die Unsicherheiten am Arbeitsplatz betreffen (siehe Abb. 33), was vermutlich der geringeren Fallzahl geschuldet ist.

13 Allerdings ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Sample mit 5 Personen so gering, dass dieser Befund nicht überbewertet werden sollte.

für Gewerkschaftsmitglieder mit einem befristeten Arbeitsverhältnis (Modell 2, Tabelle 2 im Anhang). Jedoch hat die Einschätzung der Chance auf Wiederbeschäftigung nach einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes im Unterschied zum Gesamtsample keinen Einfluss auf das Wahlverhalten oder auf die Zugehörigkeit zum AfD-Potenzial (Modell 3, Tabelle 2 im Anhang).

Die Frage, ob der Arbeitsvertrag den Bestimmungen eines Tarifvertrages unterliegt, hat in der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder keinen Einfluss auf die Entscheidung, AfD zu wählen, und auch nicht die Existenz eines Betriebsrats im Betrieb (Modelle 5 und 6, Tabelle 2 im Anhang).

Abbildung 33: Einfluss unterschiedlicher Aspekte von Erfahrungen in der Arbeitswelt auf AfD-Wahl bzw. Zugehörigkeit zum AfD-Potenzial, Gesamtsample und Gewerkschaftsmitglieder



Die Grafik liest sich folgendermaßen: Der Balken zeigt jeweils für alle Befragten und Gewerkschaftsmitglieder die Wahrscheinlichkeit an, AfD zu wählen oder zum AfD Potenzial zu gehören, wenn sie der jeweiligen Aussage zustimmen. Referenzkategorie sind Personen, die der Aussage nicht zustimmen. Missings wurden mitgeschätzt aber nicht ausgewiesen. In den Regressionen wurde für Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland kontrolliert. Die Effekte sind als Average Marginal Effects (AMEs) ausgewiesen. Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Auswertung

6. Haltepunkte für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

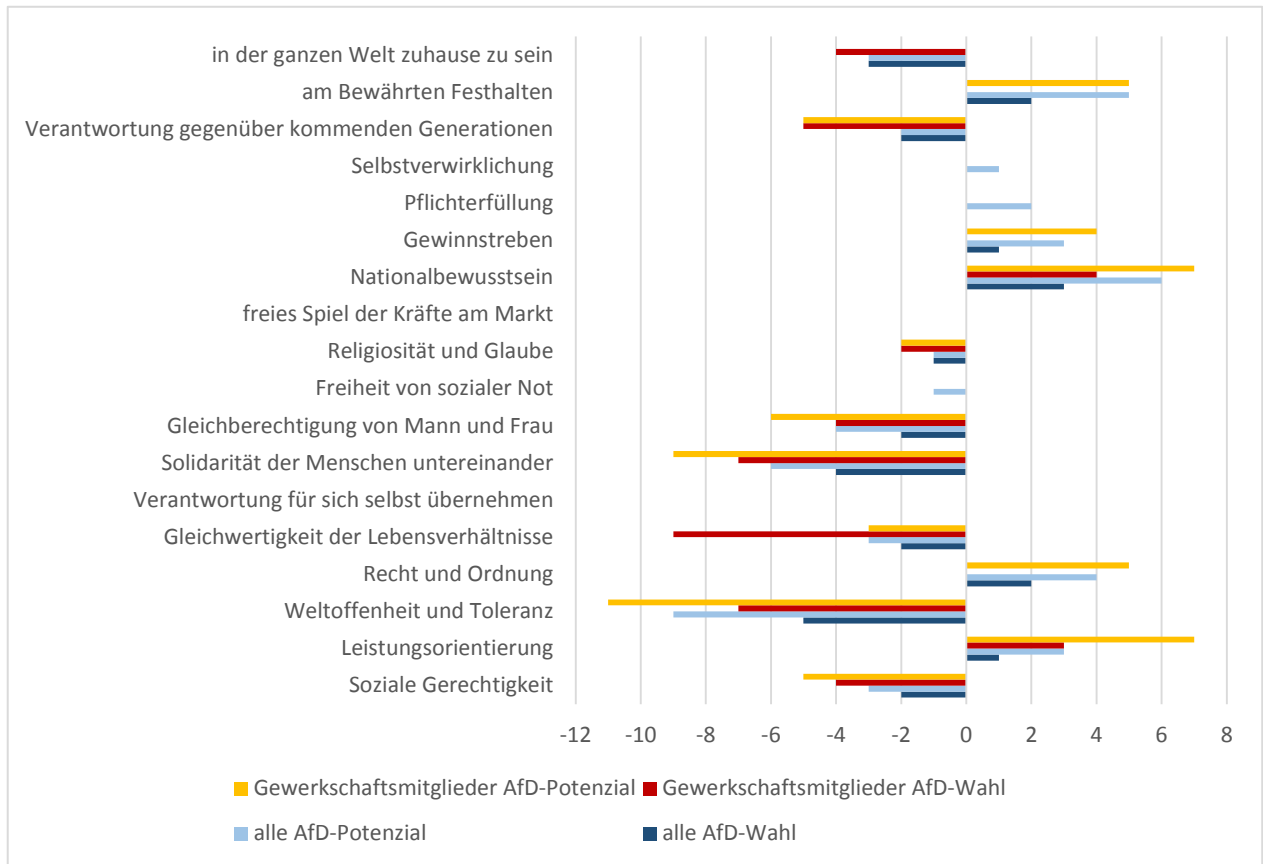
Was sind „Haltepunkte“ vor rechtspopulistischer Orientierung? Welche Faktoren können Personen, die in der Umfrage angaben, AfD zu wählen oder die AfD-Wahl in Betracht zu ziehen, veranlassen, von dieser Entscheidung oder Orientierung abzurücken? In dieser Personengruppe, seien sie Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, sinkt die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl, wenn sie einer globalen und pluralen Welt positiv gegenüber stehen (Abb. 34). Konkreter formuliert sind es Werte wie die Solidarität der Menschen untereinander, Weltoffenheit und Toleranz, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religiosität und Glaube und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, die eine rechtspopulistische Orientierung reduzieren bzw. ihr zuwider laufen. Insbesondere bei Gewerkschaftsmitgliedern sind es die Werte „Weltoffenheit und Toleranz“ sowie „Solidarität der Menschen untereinander“, die wie ein Gegengift zur AfD-Wahl bzw. AfD-Orientierung wirken können und daher Haltepunkte markieren.

Um noch mehr Haltepunkte identifizieren zu können, wurden in einem weiteren Auswertungsschritt Intragruppenvergleiche durchgeführt (Tabelle 3 im Anhang). Dies bedeutet, dass nur Personen untersucht wurden, die aufgrund ihrer sozialen Lage und ihrer Einschätzung eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, AfD zu wählen. Zu diesem Zweck wurde ein Subsample konstruiert, in dem nur Personen mit einem Einkommen bis zu 2499 Euro, mit maximal mittlerer Reife und die der Aussage „Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zustimmen, enthalten sind. Die Faktoren, die bei ihnen einen besonders starken Effekt auf die Entscheidung haben, die AfD zu wählen oder nicht zu wählen, wären in der politischen Gestaltung besonders in den Blick zu nehmen.

Für die Sub-Gruppe spielen Beteiligungsmöglichkeiten im Arbeitskontext eine größere Rolle als für das Gesamtsample: Anders als in der Gesamtgruppe der Befragten hat für dieses Subsample die Frage, ob das Arbeitsverhältnis den Bestimmungen eines Tarifvertrages unterliegt, einen signifikanten negativen Effekt auf die Entscheidung, AfD zu wählen. Personen, die befristet beschäftigt sind, gehören in diesem Subsample unabhängig von Berufsposition, Bildungsgrad und Einkommen signifikant häufiger zum AfD-Potenzial (Modelle 1 und 2, Tabelle 3 im Anhang). Diese Befunde zeigen, dass gerade für diese spezielle Gruppe der unteren Mittelschicht, Unsicherheitserfahrungen am Arbeitsplatz und mangelnder tarifvertraglicher Schutz treibende Faktoren für die AfD-Wahl sind. Gestaltungserfahrungen dagegen schützen vor Rechtspopulismus: Diejenigen in dieser Sub-Gruppe, die sich ehrenamtlich engagieren und Mitglied in einer Nicht-Regierungsorganisation sind, wählen signifikant seltener AfD. Dies ist zwar auch im Gesamtsample der Fall, aber dort ist der Effekt deutlich geringer (Modelle 3 und 4, Tabelle 3 im Anhang).

Insgesamt zeigen diese ersten Auswertungen zu „Haltepunkten“ das große Potenzial dieser Umfrage: Es ist möglich, konkrete Einstellungsmuster und soziale Lebenslagen zu identifizieren, die rechtspopulistische Orientierung verstärken und damit das rechte Lager vergrößern. Genauso lassen sich aber auch Faktoren konkret benennen, die vor der Wahl der AfD schützen und damit Demokratie und Zusammenhalt in der Gesellschaft wie auch in der Arbeitswelt stärken. Deshalb markiert dieses Working Paper einen ersten Schritt, denn weitere Veröffentlichungen werden folgen.

Abbildung 34: Einfluss unterschiedlicher Aspekte von Werthaltungen auf AfD-Wahl bzw. Zugehörigkeit zum AfD-Potenzial, Gesamtsample und Gewerkschaftsmitglieder



Die Grafik liest sich folgendermaßen: Der Balken zeigt jeweils für alle Befragten und Gewerkschaftsmitglieder die Wahrscheinlichkeit an AfD zu wählen oder zum AfD Potenzial zu gehören, wenn sie der jeweiligen Aussage zustimmen. Referenzkategorie sind Personen, die der Aussage nicht zustimmen. Missings wurden nicht mitgeschätzt, da es sich um metrische Variablen handelt. Die Antwortmöglichkeiten variieren zwischen (1= stimme überhaupt nicht zu und 7=stimme voll und ganz zu) In den Regressionen wurde für Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland kontrolliert. Die Effekte sind als Ames ausgewiesen. Quelle: Online-Erhebung von pmg - policy matters (2017), eigene Auswertung

Tabelle 2: Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen oder zum erweiterten AfD-Potenzial zu gehören, nur Gewerkschaftsmitglieder

	Modell1		Modell2		Modell3		Modell4		Modell 5		Modell 6	
	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.
Einkommen												
1-1499	,03 (,04)	-,04 (,06)	,03 (,04)	-,04 (,06)	,03 (,04)	-,03 (,06)	,03 (,04)	-,03 (,06)	,02 (,04)	-,04 (,06)	,01 (,04)	-,05 (,06)
1500-2499	,03 (,04)	,01 (,05)	,05 (,04)	,02 (,05)	,04 (,04)	,03 (,05)	,04 (,04)	,03 (,05)	,04 (,04)	,02 (,05)	,04 (,04)	,02 (,05)
2500-3999 (Ref.)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4000+	,22* (,16)	,17 (,11)	,20+ (,10)	,16 (,11)	,22* (,11)	,20 (,12)	,16 (,10)	,14 (,12)	,19+ (,10)	,17 (,12)	,18+ (,10)	,15 (,12)
k. Einkommen/ k. Angabe	,22 (,16)	,06 (,15)	,20 (,14)	,07 (,14)	,22 (,15)	,07 (,14)	,22 (,14)	,06 (,14)	,21 (,15)	,06 (,14)	,20 (,15)	,05 (,14)
Berufliche Position												
Arbeiter/in (auch in der Landw)	,09+ (,05)	,05 (,06)										
Beamte/r	,01 (,07)	-,16 (,07)										
Angestellte/r (Ref)	1	1										
Selbstständige/r	-,07 (,06)	-,12 (,10)										
Schüler/Student/Hausmann	-,02 (,10)	-,06 (,13)										
Pensionär	-,02 (,06)	-,06 (,07)										
Arbeitsl/ ABM	-,09 (,06)	-,23** (,07)										
Sonstiges		,30 (,25)										
Bildung												
Ohne Schulab.	-,08 (,08)	-,18* (,09)	-,09 (,07)	-,20** (,11)	-,09 (,08)	-,20 (,08)	-,09 (,08)	-,20 (,09)	-,10 (,07)	-,20 (,08)	-,09 (,07)	-,21 (,08)
HS (Ref)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Mittl. Reife, polyt. Obersch.	,02 (,04)	,01 (,05)	,01 (,04)	,002 (,05)	,01 (,04)	,01 (,05)	,02 (,04)	,001 (,05)	,001 (,04)	,003 (,05)	,002 (,04)	-,003 (,05)
Abitur, FH-Reife	,02 (,06)	,01 (,07)	-,004 (,05)	-,02 (,07)	-,01 (,05)	-,02 (,06)	-,01 (,05)	-,02 (,07)	-,002 (,05)	-,01 (,07)	-,01 (,05)	-,02 (,07)
Hochschulab.	-,05 (,04)	,01 (,06)	,07 (,04)	-,03 (,06)	-,06 (,04)	-,03 (,06)	-,06 (,05)	-,04 (,06)	-,06 (,05)	-,04 (,06)	-,07 (,04)	-,04 (,06)
Sonstiges	-,05 (,07)	-,10 (,08)	,07 (,06)	-,10 (,08)	-,06 (,07)	-,11 (,09)	-,07 (,07)	-,11 (,09)	-,07 (,07)	-,11 (,09)	-,07 (,07)	-,10 (,08)
Ausbildungsad. Beschäftigt?												
Nein (Ref=ja)							,11+ (,06)	,11 (,07)				
Weiß nicht/ keine Angabe/ nicht beschäftigt							-,05 (,04)	-,10 (,05)				

Chancen auf Wiederbeschäftigung im Falle von Arbeitslosigkeit												
Leicht					1							
Schwierig/praktisch unmöglich					,03 (,05)	,01 (,06)						
Weiß nicht					-,05 (,06)	-,09 (,08)						
Unterliegt Ihr Beschäftigungsverhältnis den Bestimmungen eines Tarifvertrages												
Nein (Ref.=Ja)										,08 (,06)	,08 (,08)	
Weiß nicht										,27+ (,18)	,23 (,18)	
Arbeitsverhältnis befristet?												
Unbefristet					-,03 (,08)	,07 (,11)						
befristet					,22 (,18)	,07 (,17)						
Trifft nicht zu					-,05 (,04)	-,12** (,05)						
Gibt es in Ihrem Betrieb einen Betriebsrat												
Nein (Ref.=Ja)										,08 (,05)	,04 (,07)	
Weiß nicht										-,02+ (,04)	,09 (,08)	
Pseudo R	,07	,04	,06	,05	,06	,05	,07	,05	,06	,05	,07	,06
Chi²	30,8	21,8	25,5	28,1	23,1	28,4	28,4	27,9	24,2	25,8	28,5	30,7
N	527	527	527	527	527	527	527	527	527	527	527	527

+p<0,10; *<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Robuste Standardfehler, Average Marginal Effekt, Missings wenn möglich mitgeschätzt, kontrolliert für Geschlecht; Standort in Ost- oder Westdeutschland, Migrationshintergrund und Alter

Tabelle 3: Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen oder zum erweiterten AfD-Potenzial zu gehören, nur Personen mit einem Einkommen bis zu 2499 Euro, mit maximal mittlerer Reife und Zustimmung zu der Aussage „Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“

	Modell1		Modell2		Modell3		Modell4	
	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.	Wahl	Pot.
Unterliegt Ihr Beschäftigungsverhältnis den Bestimmungen eines Tarifvertrages								
Nein (Ref.=Ja)			,08+ (,5)	,08 (,06)				
Weiß nicht			,01 (,08)	-,07 (,09)				
Arbeitsverhältnis befristet?								
Unbefristet	1	1						
befristet	-,001 (,06)	,13+ (,07)						
Trifft nicht zu	-,01 (,12)	,14 (,14)						
Engagieren Sie sich ehrenamtlich?								
Nein (Ref.=Ja)							,14** (,05)	,13* (,06)
Sind Sie Mitglied einer NGO								
Nein (Ref = ja)					,11+ (,07)	,07 (,09)		
Pseudo R	,08	,08	,09	,06	,09	,07	,08	,07
Chi²	30,8	33,2	34,1	23,8	32,7	30,6	29,3	29,7
N	373	373	336	336	373	373	373	373

+ $p < 0,10$; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Robuste Standardfehler, Average Marginal Effekt, Missings wenn möglich mitgeschätzt, kontrolliert für Geschlecht; Standort in Ost- oder Westdeutschland, Migrationshintergrund, Einkommen, Bildungsabschluss, Berufsposition und Alter

Autorinnen und Autoren

Richard Hilmer (Diplom-Soziologe) begann seine berufliche Laufbahn 1982 als wissenschaftlicher Projektleiter bei Infratest in München, wechselte 1990 nach Berlin und baute dort ab 1992 als Geschäftsführer für Infratest die Forschung in den neuen Bundesländern auf, mit Schwerpunkt auf die Politikforschung. Nach der erfolgreichen Bewerbung um die ARD-Wahlberichterstattung firmiert das Institut seit 1997 als Infratest dimap – bis heute Marktführer in der deutschen Politikforschung –, das er bis Mai 2015 als alleiniger Geschäftsführer leitete. Für diese Arbeit wurde er 2013 vom Bundesverband der Marktforscher als „Forscherpersönlichkeit des Jahres“ ausgezeichnet. Im Juni 2015 gründete er gemeinsam mit Rita Müller-Hilmer policy matters, spezialisiert auf strategische Politikforschung und Politikberatung.

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch ist Professorin für Bildungssoziologie an der Uni Paderborn. Bevor sie den Ruf an die Universität Paderborn annahm, war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und Gastprofessorin am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung DZHW. Sie absolvierte zudem Auslandsaufenthalte an der London School of Economics und am Europäischen Hochschulinstitut Florenz. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in der (Berufs)bildungsforschung, der Arbeitsmarktforschung sowie der Lebenslaufforschung.

Rita Müller-Hilmer (Diplom-Soziologin) wechselte nach der Mitarbeit an einem DFG-Forschungsprojekt am Soziologischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München 1987 zu polis München, Sozialforschung und Beratung. Mit ihrem Umzug nach Berlin 1990 wurde sie für Infratest und Infratest dimap tätig. 2002 übernahm sie die Leitung der TNS Infratest Politikforschung. Unter ihrer Führung wurde die strategische Politikforschung entwickelt, basierend auf einer Mischung aus qualitativen und quantitativen Methoden und dem Einsatz erstmals für die Politikforschung entwickelter analytischer Instrumente. Im Juni 2015 gründete sie gemeinsam mit Richard Hilmer policy matters, spezialisiert auf strategische Politikforschung und Politikberatung.

Jérémie Gagné (Politik- und Europawissenschaftler M.A.) war zunächst als Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung tätig. Im Bereich „Zukunft der Demokratie“ betreute er diverse empirische Studien zur politischen Teilhabe, insbesondere zur Wahlbeteiligung. In dieser Funktion war er Co-Autor der deutschlandweit beachteten Studie „Prekäre Wah-

len“. Seit Januar 2016 ist er Projektleiter bei policy matters. Er verantwortet sowohl qualitative wie auch quantitative Untersuchungen zu politischen Einstellungen, sowie zu Fragen politischer und gesellschaftlicher Teilhabe.

Was bewegt die Bürgerinnen und Bürger? Wie sehen und bewerten sie ihre Lebenssituation, und welchen Einfluss hat das auf ihre Einstellungen, Wertorientierung und ihre politische Nähe zu rechtspopulistischen Parteien? Die Untersuchung gibt auf Basis einer Befragung unter ca. 5000 Bürgerinnen und Bürgern Auskunft über die politische Grundstimmung in der Bevölkerung im Januar 2017, benennt Ursachen für die Nähe zum Rechtspopulismus sowie Faktoren, die eine demokratische und partizipative Haltung ausmachen. Ein Fokus liegt auf der Rolle der Arbeitswelt für die politische Orientierung und der Frage, inwiefern Gewerkschaftsmitglieder Besonderheiten mit Blick auf Gerechtigkeitsfragen am Arbeitsplatz aufweisen.
